

Jetzt was machen!

**SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE
DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE
SCHLESWIG-FLENSBURG**

MEIKE PRILLWITZ, DORTE SCHAFFFRANKE

BERLIN, JULI 2022



CAMINO

Im Auftrag des Kreises Schleswig-Flensburg
www.fuer-demokratie.de

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

1	EINLEITUNG	5
2	METHODISCHES VORGEHEN	7
3	SITUATIONSANALYSE IN BEZUG AUF GMF	9
3.1	Organisierter Rechtsextremismus	9
3.1.1	Vorfälle und regionale Anknüpfungspunkte	10
3.2	Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und „Corona-Proteste“	12
3.3	Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Diskriminierung	13
3.3.1	Arbeitsmarkt und Bildung	13
3.3.2	Wohnraumsuche	15
3.3.3	Alltag und Soziale Medien	16
3.4	Queerfeindlichkeit	17
3.5	Fehlendes Problembewusstsein und geringe Sensibilisierung für GMF	17
4	SITUATION IN BEZUG AUF DIE TEILHABE BESTIMMTER GRUPPEN	20
4.1	Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte	20
4.2	Teilhabe der LSBTIQ+ Community	23
4.3	Teilhabe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	26
4.3.1	Partizipationsmöglichkeiten und Hürden	26
4.3.2	Wer wird erreicht?	28
4.3.3	Fehlende Digitalisierung als Hürde	30
4.3.4	Fehlendes Konzept für Kinder- und Jugendbeteiligung	31
5	RESSOURCEN IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS, FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE, TEILHABE UND VIELFALT	33
5.1	Ressourcen in der Auseinandersetzung mit Phänomenen der GMF	33
5.2	Förderung von Demokratie, Teilhabe und Vielfalt	34
6	HANDLUNGSBEDARFE UND -EMPFEHLUNGEN	37
7	FAZIT UND AUSBLICK	40
8	LITERATURVERZEICHNIS	41

1 EINLEITUNG

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ werden mit den Partnerschaften für Demokratie Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Damit sollen die Zivilgesellschaft und öffentliches Engagement gegen demokratiefeindliche Phänomene gestärkt werden.

Im Dezember 2021 beauftragte die Partnerschaft für Demokratie (PfD) Schleswig-Flensburg Camino mit der Erstellung einer Situations- und Ressourcenanalyse für den Landkreis. Ziel der Analyse ist es, in Kooperation mit relevanten Akteur*innen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern aktuelle Herausforderungen herauszuarbeiten, die Situation im Landkreis in Bezug auf verschiedene Themenfelder darzustellen und bestehende Ressourcen zu benennen. Somit beruht die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse auf den Einschätzungen und Wahrnehmungen von Fachkräften und Expert*innen aus der Region. Der Bericht konzentriert sich auf bestimmte Problematiken im Landkreis – auf demokratie- und menschenfeindliche Aktivitäten sowie die Teilhabe bestimmter Gruppen; bereits vorhandene Ressourcen und positive Entwicklungen und Aktivitäten können nur angerissen und nicht umfassend dargelegt werden. Die Analyse ist als Grundlage zu verstehen, nach der die PfD die gezielte und kontrollierte Steuerung ihrer Aktivitäten für Demokratie- und Vielfaltsförderung ausrichten kann.

Der Kreis Schleswig-Flensburg besteht aus 121 Gemeinden und vier Städten, ist mit einer Fläche von 2.071 Quadratkilometern zweitgrößter Flächenkreis in Schleswig-Holstein und zeichnet sich somit durch seinen sehr ländlich geprägten Raum und eine zum Teil recht geringe Mobilität aus. Daher braucht es ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen, um die vorhandenen Ressourcen effektiv zu bündeln, weiter zu mobilisieren und gemeinsam eine an den konkreten Problemlagen und Herausforderungen orientierte Strategie zu entwickeln. Dies wiederum gelingt umso besser, je früher die Kooperationspartner*innen vor Ort am Prozess zur Erstellung des Handlungskonzepts beteiligt sind. Eine frühe Einbindung lokaler Akteur*innen erleichtert zudem die wichtige Einbeziehung konkreten lokalen Wissens und erhöht die Bereitschaft zu verstärktem Engagement.

Dabei kann eine Bestandsaufnahme in Form der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse unterstützen, die das Fachwissen und die Einschätzungen lokaler Fachkräfte einbezieht. Die Analyse stellt zunächst die Situation im Landkreis in Bezug auf Rechtsextremismus und weitere Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), wie Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit, vor. Dabei wird deutlich, dass insbesondere das fehlende Problembewusstsein und die geringe Sensibilisierung für GMF im Landkreis ein Problem darstellen. Der zweite Teil der Situationsanalyse dreht sich um die Teilhabe bestimmter Gruppen. Hier wird auf die Situation von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, queeren Menschen sowie auf die Teilhabe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingegangen. Weiterhin werden die Ressourcen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, GMF sowie der Förderung von Demokratie, Teilhabe und Vielfalt im Landkreis thematisiert.

Abschließend werden die wichtigsten Handlungsbedarfe zusammengefasst und erste Handlungsansätze skizziert.

2 METHODISCHES VORGEHEN

Zur Erstellung der Situations- und Ressourcenanalyse wurde ein mehrperspektivisches Design gewählt, das in enger Abstimmung mit der Koordinierungs- und Fachstelle und dem federführenden Amt der PfD Schleswig-Flensburg konkretisiert und umgesetzt wurde.

Um einen Überblick über den Landkreis zu bekommen, wurde zunächst eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Im Rahmen der Dokumentenanalyse wurden die vorhandenen, von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Dokumente, wie z.B. die Fortschreibung der Regionalanalyse zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein von 2019, Dokumentationen von Fachtagungen oder Presseberichte, kategorisiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Im nächsten Schritt wurden gemeinsam mit der Koordinierungs- und Fachstelle sowie dem federführenden Amt der PfD folgende Schwerpunkte der Situations- und Ressourcenanalyse festgelegt:

- Rechtsextremismus bzw. Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- gesellschaftliche Vielfalt und Diskriminierung sowie
- Jugendbeteiligung.

Die im Zentrum der Analyse stehenden Interviews und Fokusgruppendifkussionen widmeten sich diesen drei Themenschwerpunkten und wurden mit unterschiedlichen Akteur*innen aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg geführt. Dadurch sollten möglichst viele Perspektiven auf die Probleme und Ressourcen vor Ort eingefangen werden, um die Situation im Landkreis umfassend und detailliert beschreiben zu können. Die vier Gruppendiskussionen mit Fachkräften und Expert*innen aus dem Landkreis fanden im März 2022 zu den Themen Rechtsextremismus und GMF, Leben in Vielfalt und Jugendbeteiligung statt, letztere einmal mit Fachkräften aus der Region, einmal mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst, um auch ihre Perspektive einzubeziehen. Die Diskussionsrunden dauerten ca. anderthalb Stunden und wurden online umgesetzt; an jeder Diskussion nahmen rund sechs bis zehn Personen teil.

Darüber hinaus wurden im April und Mai 2022 drei themenzentrierte Online-Expert*inneninterviews mit weiteren zentralen Akteur*innen geführt, um Fragestellungen zu vertiefen und mögliche Lücken aus den Gruppendiskussionen zu schließen. Diese Interviews drehten sich um die Themen Integration, Teilhabe und Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte sowie die Möglichkeiten und Hürden speziell für Jugendliche mit Migrations- oder Fluchtgeschichte. Bei einem weiteren Expert*inneninterview wurden zudem die Lebensrealität, Angebote und Diskriminierungserfahrungen der LSBTIQ+ Community thematisiert. Geplante Interviews zu den Themen Antisemitismus sowie zu den Bedarfen und Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen kamen trotz verschiedener Bemühungen nicht zustande. Zum Thema Antisemitismus konnten zwar Erkenntnisse aus den Gruppendiskussionen zu Rechtsextremismus und Leben in Vielfalt gezogen werden, dennoch sollte zukünftig bei beiden Themen die Perspektive von Betroffenen im Landkreis einbezogen werden.

Abschließend fand im Juni 2022 ein Werkstattgespräch in Schleswig statt, an dem Landrat Dr. Wolfgang Buschmann, die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen und Interviews sowie weitere Interessierte und Akteur*innen aus dem Landkreis teilnahmen. Das

Werkstattgespräch zielte darauf ab, erste Ergebnisse der Analyse zu diskutieren, zu ergänzen und zu validieren. Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung in die PfD wurden die bisherigen Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse vorgestellt und auf Fragen der Teilnehmer*innen eingegangen. Anschließend hatten diese die Möglichkeit, bei jeweils zwei von fünf „World Cafés“ zu den Themen Rechtsextremismus und Antisemitismus, LSBTIQ+, (Alltags-)Rassismus und Diskriminierung, Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte und Jugendpartizipation mitzumachen. Hierbei sollten die Teilnehmer*innen anhand von kurzen Problembeschreibungen und Handlungsempfehlungen die Herausforderungen im Landkreis sowie mögliche Lösungsansätze diskutieren und ergänzen. Nachfolgend fand eine Podiumsdiskussion mit relevanten Akteur*innen aus dem Landkreis statt, bei der die aktuellen Herausforderungen und Bedarfe in der Region debattiert wurden.

Die verschiedenen Analyseschritte beleuchteten den Kreis Schleswig-Flensburg aus unterschiedlichen Perspektiven und brachten verschiedene Erkenntnisse, die in dieser Situations- und Ressourcenanalyse zusammenfließen. Zudem dienten die Gruppendiskussionen und das Werkstattgespräch auch der Vernetzung und dem Informationsaustausch der Fachkräfte und Expert*innen untereinander.

3 SITUATIONSANALYSE IN BEZUG AUF GMF

In den folgenden Kapiteln wird zunächst die Situation im Kreis Schleswig-Flensburg in Bezug auf demokratiegefährdende und menschenfeindliche Aktivitäten und Einstellungen vorgestellt.

3.1 ORGANISierter RECHTSEXTREMISMUS

Der Kreis Schleswig-Flensburg stellt keine Hochburg rechtsextremer Aktivitäten dar, dennoch sind rechtsextreme Parteien, Strukturen und Einstellungen vorhanden. Der folgende Abschnitt geht zunächst auf den organisierten Rechtsextremismus ein, also Aktivitäten rechtsextremer Parteien, Vereinigungen und Netzwerke.

An rechtsextremen Parteien sind zum einen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) sowie die Alternative für Deutschland (AfD) im Kreis Schleswig-Flensburg vertreten. Der NPD-Kreisverband ist mit dem Kreis Nordfriesland zusammengelegt. Nach einem geringfügigen Aufschwung der Aktivitäten in den Jahren 2019 – 2020 ist die Partei nach dem Parteiwechsel einer Führungsperson aus dem Landesvorstand derzeit kaum noch öffentlich aktiv.

Die AfD im Kreis Schleswig-Flensburg ist hingegen aktiv und laut einem* einer regionalen Expert*in eindeutig dem rechtsextremen Flügel der Partei zuzuordnen. Die in Spitzenpositionen gewählten Personen sowie die Mitglieder des Regionalverbands Schleswig-Flensburg weisen eine offen rechtsextreme Haltung auf, die sich unter anderem in ihren Äußerungen in den Sozialen Medien zeigt. In ihren Blogs wird z.B. die Verschwörungserzählung vom „großen Austausch“ verbreitet – ein rassistisches, antisemitisches und antifeministisches Narrativ, das einen gezielten Bevölkerungsaustausch *weißer* Bevölkerungen durch *nichtweiße* Menschen propagiert und seit einigen Jahren zu den wichtigsten Verschwörungserzählungen der extremen Rechten zählt, auf die sich bereits einige rechtsterroristische Attentäter bezogen. Die Facebook-Seite des Kreisverbands lief für einige Zeit mit der des ersten Vorsitzenden der AfD Schleswig-Flensburg, Jan Petersen Brendel, parallel. Beide Seiten sind jedoch nicht mehr online, seit Brendel bei der Wahl zum Listenplatz 1 für die Landtagswahl Schleswig-Holstein 2022 knapp gescheitert ist. Jan Petersen Brendel ist regelmäßig bei den sogenannten „Corona-Spaziergängen“ in Flensburg anzutreffen, Protesten gegen die Covid-19-Maßnahmen, bei denen wiederholt Transparente mit antisemitischen und demokratiefeindlichen Inhalten auftauchen, und soll wegen rechtsextremer Äußerungen aus der AfD ausgeschlossen werden. Neben den Blogs, Facebook-Seiten und weiteren Aktivitäten in den Sozialen Medien ist davon auszugehen, dass es zahlreiche Telegram-Gruppen gibt, die zum Austausch und zum Erhalt rechtsextremer Einstellungen und Strukturen beitragen.

Abgesehen von vielen Wahlplakaten der AfD zur Bundestagswahl 2021 sind keine (Wahlkampf-)Veranstaltungen, weitere Aktivitäten der Partei oder spezielle Treffpunkte der organisierten Rechten im Kreis Schleswig-Flensburg bekannt. Auch die Wahlergebnisse weisen auf keine auffallend große politische Zustimmung zur AfD in der Bevölkerung des Landkreises hin. Bei der Kommunalwahl 2018 erzielte die AfD in Schleswig-Flensburg bei einer Wahlbeteiligung von 51,9 % einen Stimmanteil von 3,7 %; dies entspricht zwei Sitzen im Kreistag. Damit lagen

die Stimmanteile für die AfD im Landkreis unter dem Durchschnitt von 5,5 % in Schleswig-Holstein; im Vergleich zu den anderen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins erzielte die AfD nur in Nordfriesland mit 3,6 % ein niedrigeres Wahlergebnis (Statistisches Amt 2018). Bei der Bundestagswahl 2021 erlangte die AfD in Schleswig-Holstein 6,8 %, im Wahlkreis Flensburg-Schleswig 5,8 % der Zweitstimmen (Statistisches Amt 2021). Bei der Landtagswahl 2022 gewann sie 4,4 % der Zweitstimmen, im Wahlkreis Schleswig waren es 3,8 %, im Wahlkreis Flensburg-Land 3,4 % der Zweitstimmen (Statistisches Amt 2021). Folglich verfügt die AfD in Schleswig-Flensburg weder über starke Strukturen noch über eine hohe Mitgliederzahl. Dennoch ist sie die Partei im Landkreis, die rechte Strömungen in sich aufnimmt und deren offen rechtsextreme Äußerungen und Positionierungen ernstgenommen werden sollten.

3.1.1 Vorfälle und regionale Anknüpfungspunkte

Es kommt immer wieder zu rechtsextremen Äußerungen und Vorfällen im Landkreis, wie z.B. Hakenkreuzschmierereien, dem Zeigen des Hitlergrußes auf Veranstaltungen, dem Tragen von Kleidung mit rechtsextremen Symbolen oder rechtsextremen Äußerungen und Hetze im Internet. Diese Vorfälle werden allerdings nur dann gemeldet und bekannt, wenn ein Problembewusstsein vorhanden ist. Oftmals fehlt dieses Problembewusstsein oder ist sehr gering, sodass das Ausmaß der Vorfälle nicht ausreichend bekannt ist und viele Vorfälle unbearbeitet und unbekannt bleiben. So berichtete das für Schleswig-Flensburg zuständige Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (RBT) Flensburg, dass sie aus urbanen Räumen wie Schleswig, Husum oder Flensburg sehr viel Rücklauf erhalten, z.B. zu aufgetauchten Aufklebern mit rechtsextremem Inhalt, sie aber insbesondere aus dem Landkreis Schleswig-Flensburg sehr wenig Rückmeldungen und Anfragen bekommen. Schwer einzuschätzen ist, ob dort wenig Vorfälle passieren oder diese aufgrund eines fehlenden Problembewusstseins, einer Überforderung mit der Situation oder Unkenntnis der Beratungsstelle nicht gemeldet werden.

Aus dem Kreis Schleswig-Flensburg wurde von folgenden Vorfällen und regionalen Anknüpfungspunkten mit rechtsextremen Bezügen berichtet:

- Während des ersten Covid-19-Lockdowns im April 2020 fand an Hitlers Geburtstag eine Feier mit 15 bis 20 jungen Männern am Hafen in Kappeln statt. Als die Polizei versuchte, die Gruppe aufzulösen und den Platz zu räumen, erklärten die Männer, sie würden Geburtstag feiern, zeigten den Hitlergruß und riefen „Sieg Heil“.
- In Tarp tauchten in den letzten beiden Jahren zwei bis drei Hakenkreuzschmierereien an Bäumen, Mauern und Wänden auf.
- In Süderbrarup gab es Hakenkreuzschmierereien im Jugendzentrum.
- Der Klamottenversand StreetWear Rebel in Schleswig versucht, eine Mischszene aus Hooligans, Rechtsextremen und Personen aus dem Kampfsport anzusprechen; des Weiteren existieren Bezüge zum Wikingerkult. 2018 wurden T-Shirts von StreetWear Rebel auf dem „Schild- und Schwert-Festival“, dem größten Neonazi-Festival in Deutschland, verkauft. Einer der Betreiber hat eine Vergangenheit in der rechtsextremen Szene und war hochrangiges Mitglied einer rechtsextremen Bruderschaft. Zudem besteht eine Vernetzung nach Hamburg und zu Neonazis, die in den 1990er Jahren

aktiv waren. Gegenwärtig sind von den Betreiber*innen jedoch keine Aktivitäten auf politischer Ebene im Kreis Schleswig-Flensburg bekannt.

- 2019 wurden die Auto-Radkappen eines*iner Lokalpolitiker*in des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW) aus Handewitt gelöst, der*die regelmäßig Gedenkfahrten mit Jugendlichen, z.B. nach Ausschwitz, organisiert.
- Mohrkirch bietet zum einen als Wohn- und Wirkungsort des Holocaustleugners Thies Christophersen Anknüpfungspunkte für die rechtsextreme Szene. Zum anderen war der Lühe-Verlag in Mohrkirch angesiedelt, bis er 2019 von einer bekannten Rechtsextremen aus Süddeutschland übernommen wurde. Der Verlag publiziert unter anderem Bücher mit antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Inhalten und knüpft an die Ludendorff-Bewegung an.
- Wikinger motive und -mythen sind im Norden Deutschlands sehr präsent und bieten somit immer wieder Anknüpfungspunkte für ideologische Botschaften der extremen Rechten, z.B. in Bezug auf das Geschichtsbild, Geschlechterverhältnisse oder antichristliche Äußerungen. Durch das Bild von Wikingern als vermeintlichen Ahnen der ansässigen Bevölkerung wird versucht, historische Kontinuitäten zur Identitätsproduktion herzustellen und daraus einen vermeintlichen Platzanspruch geltend zu machen. So empfahl die NPD Schleswig-Holstein während des Covid-19-Lockdowns im Sommer 2020 einen Urlaub in Schleswig-Holstein und den Besuch im Wikinger-Museum Haithabu, um etwas über die „Ahnen“ zu lernen. Auch im Rahmen von Wikinger-, Mittelalter- oder Musikfestivals tauchen immer wieder Symbole auf, derer sich auch Rechtsextreme bedienen. Da der Wikingerkult jedoch präsenter ist als in anderen Regionen Deutschlands, muss nicht immer ein rechtsextremer Bezug gegeben sein. Andererseits bietet dies Rechtsextremen aber auch die Möglichkeit, Kleidung mit bestimmten Symboliken zu tragen, ohne aufzufallen. Nach Einschätzung der Expert*innen ist die Problematik im Landkreis jedoch bekannt und Institutionen setzen sich mit dem Thema auseinander. So hat z.B. das Wikinger-Museum Haithabu Kleidung mit rechtsextremen Symbolen in seiner Hausordnung verboten und bereits 2017 fand eine Fachtagung zum Thema Wikingerkult und Rechtsextremismus im Landkreis statt.

Nach Einschätzung der Fachkräfte fehlt es an Ansprechpartner*innen im Landkreis. Viele fühlen sich überfordert und alleingelassen, wenn sie mit rechtsextremen Vorfällen oder Äußerungen konfrontiert sind:

*„Diese Trägervereine sind hier im ländlichen Raum nicht vorhanden. Insbesondere in Schulen, aber auch in Sportvereinen, anderen Institutionen ist man relativ alleingelassen mit diesem Thema [Rechtsextremismus]. Wenn man sich erkundigt, wo man andocken könnte, um Input zu erhalten, dann gibt es nicht viele Möglichkeiten im Landkreis. In diesem Bereich gibt es viel Unwissenheit und Ansprechstellen und Ansprechpartner wären da sehr gut, auch wenn das entsprechend gesteuert werden würde an Institutionen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)*

Neben expliziten rechtsextremen Vorfällen und Aktivitäten stellt unreflektiertes rassistisches oder menschenfeindliches Gedankengut im Landkreis eine weitere Herausforderung dar.

Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden oftmals ohne eigene politische Verortung oder politische Absichten reproduziert und stoßen meist nicht auf Gegenrede:

*„Das ist eher ein vopolitischer Raum, wo es gar nicht darum geht, dass man politische Sympathien für eine Partei hat, sondern es werden Witze gemacht ..., wo sich niemand Gedanken macht, was man da von sich gibt und was da an Menschenverachtung weitergegeben wird.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)*

Da die Mehrheitsgesellschaft im Landkreis nicht selbst von Rassismus oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen ist, ist das Problembewusstsein meist sehr gering. Auf die fehlende Sensibilisierung und das mangelnde Problembewusstsein wird in den weiteren Kapiteln konkreter eingegangen.

3.2 ANTISEMITISMUS, VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN UND „CORONA-PROTESTE“

Antisemitismus tritt im Kreis Schleswig-Flensburg in verschiedenen Formen auf. In den Gruppendiskussionen wurde vorrangig von der Verbreitung antisemitischer Inhalte im Zusammenhang mit Verschwörungserzählungen im Zuge der „Corona-Proteste“ in Flensburg berichtet. Flensburg liegt zwar nicht im Kreis Schleswig-Flensburg, stellt aber als Zentrum der Proteste gegen die Covid-19-Maßnahmen einen Ort der Vernetzung und der Agitation dar. Die sogenannten „Corona-Spaziergänge“ werden als bürgerliche Protestformate genutzt, um antisemitische Klischees und Chiffren in die gesellschaftliche Mitte zu tragen.

*„Ein bürgerliches Protestformat wie die Spaziergänge, die sich nach außen sehr harmlos darstellen, [ist] ... auch geeignet, antisemitische Inhalte und Ideen, sich im Widerstand zu befinden, zu verbreiten. ... Das wird in bürgerliche Schichten transportiert, die eher ein konservatives Menschenbild haben. Darüber kommt es zu einer Normalisierung der Inhalte, die in Akzeptanz umschlagen kann.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)*

So tauchten z.B. immer wieder Transparente zum „Great Reset“ auf, einer Verschwörungserzählung, die von einer jüdischen Weltverschwörung zur Errichtung einer „neuen Weltordnung“ ausgeht. Laut eines*einer Teilnehmer*in einer Gruppendiskussion kommt es seit Ende 2021 zu einer spürbaren Radikalisierung und zunehmenden Enthemmung der Proteste, die sich auch in Angriffen auf Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen äußert. Die Mobilisierung der Demonstrant*innen der „Corona-Spaziergänge“ verläuft nach Einschätzung des*der Interviewpartner*in wahrscheinlich über Telegram-Gruppen. Seiner*ihrer Meinung nach können die im Rahmen der Proteste entstandenen Informationskanäle und persönlichen Netzwerke auch zukünftig für demokratiefeindliche Bewegungen genutzt werden.

Auch in Schleswig finden seit Anfang Dezember 2021 regelmäßig „Corona-Spaziergänge“ statt, bei denen Demonstrant*innen Verschwörungserzählungen über Bill Gates, den „großen Austausch“ oder die „neue Weltordnung“ verbreiteten. Zudem finden sich entlang der Demonstrationroute immer wieder Sticker der QAnon-Bewegung oder Aufkleber mit der Aufschrift „Wollt

ihr die totale Impfung?“ in altdeutscher Schrift. Weiterhin finden Demonstrationen gegen die Covid-19-Maßnahmen in kleineren Ortschaften im Landkreis, wie Süderbrarup, mit geringen Teilnehmendenzahlen statt, auch dort waren nach den „Spaziergängen“ Sticker mit dem Aufdruck „Ihr spaltet“ zu finden. Viele fahren jedoch lieber nach Flensburg, um dort gemeinsam mit mehreren hundert Personen zu protestieren.

Es muss allerdings betont werden, dass die Demonstrant*innen der „Corona-Spaziergänge“ keine homogene Gruppe bilden, sondern sehr divers zusammengesetzt sind und aufgrund unterschiedlicher Beweggründe an den Protesten teilnehmen. Kaum eine*r der Demonstrant*innen würde sich wahrscheinlich als antisemitisch bezeichnen, dennoch werden antisemitische und auf Verschwörungsmethoden Bezug nehmende Transparente und Äußerungen der Mitdemonstrant*innen toleriert. Hier scheint entweder viel Unwissen über antisemitische Chiffren zu herrschen oder sie werden aufgrund eines mangelnden Problembewusstseins hingenommen:

*„Es ist dann wichtiger, dass sie viele Leute sind, und dann ist es auch okay, wenn da Leute mit einem „Great Reset“-Plakat oder Schlimmerem rumlaufen. Auch da spricht wieder eine Unwissenheit, eine Unkenntnis heraus und ... [mangelndes] Problembewusstsein.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)*

Des Weiteren wurde in den Gruppendiskussionen auch von einem israelbezogenen Antisemitismus berichtet, der in Gesprächen, in Form von Stickern oder Hakenkreuzmalereien besonders dann auftauchte, wenn der Nahostkonflikt hochkochte und in den Medien präsent war. Zudem wurde die Angst eines jüdischen Mannes vor Übergriffen weitergetragen, wenn er in Schleswig im Stadtbild seine Gebetskette oder Kippa trägt.

3.3 RASSISMUS, MUSLIMFEINDLICHKEIT UND DISKRIMINIERUNG

(Alltags-)Rassismus stellt im Kreis Schleswig-Flensburg eine große Herausforderung dar und zieht sich für die Betroffenen durch alle Lebensbereiche. Laut den Fachkräften und Expert*innen aus der Region tritt (Alltags-)Rassismus dort beispielsweise bei der Jobsuche, aufseiten von Arbeitgeber*innen und Kolleg*innen, in der Schule, im Supermarkt oder bei der Wohnungssuche auf.

Im Folgenden werden exemplarisch einige (alltags-)rassistische Vorfälle und diskriminierende Verhaltensmuster aufgeführt, die in den Gruppendiskussionen und Expert*inneninterviews beschrieben wurden.

3.3.1 Arbeitsmarkt und Bildung

Bei der Jobsuche sind unter anderem Frauen von Diskriminierung betroffen, die Kopftuch tragen. Bestimmte Unternehmen im Landkreis sind dafür bekannt, dass sie bewusst keine kopftuchtragenden Frauen einstellen. Generell tritt Rassismus häufig seitens Kolleg*innen am Arbeitsplatz auf und äußert sich beispielsweise durch abwertende Bezeichnungen oder rassistische

Beleidigungen, die teils hinter dem Rücken der Betroffenen, teils offen getätigt werden. Insbesondere Auszubildende schildern immer wieder Schwierigkeiten aufgrund von Rassismus im Betrieb oder bei der Praktikumsuche. In der Pflege werden Praktikantinnen explizit aufgrund des Tragens eines Kopftuchs abgelehnt mit Aussagen wie: „*Mit Kopftuch musst du hier gar nicht ankommen, das wird nichts*“. Dies passiert aufgrund eines vermeintlich fehlenden Verständnisses der Patient*innen oder Bewohner*innen. Allerdings besteht meist auch keine Bereitschaft zur Unterstützung oder an einem gemeinsamen Arbeiten hin zu mehr Akzeptanz aufseiten der Bewohner*innen. In den Gruppendiskussionen wurde auch aus einem anderen Bereich des Arbeitsmarkts berichtet, dass eine neue Mitarbeiterin mit Kopftuch bei einigen Kolleg*innen „*Verängstigung ausgelöst*“ hat und dass der entsprechenden Personalabteilung Mitarbeiter*innen mit ausländerfeindlichen oder rechtsextremen Meinungen bekannt seien. Des Weiteren wurde auch positiver Rassismus der kopftuchtragenden Mitarbeiterin gegenüber geschildert und dass ihr mehr zugestanden wurde als anderen Mitarbeiter*innen.

Laut einer Fachkraft aus dem Landkreis ist bei Rassismus am Arbeits- oder Ausbildungsplatz die Haltung der Chef*innen im Betrieb entscheidend:

*„... Dann kommt es immer darauf an, in welchem Verhältnis die Vorgesetzten zu den Kolleg*innen stehen. Inwieweit es dann unterbunden wird, also die Kolleg*innen dann auch eine klare Ansprache erhalten ... oder wenn irgendwie klar ist, dass die Vorgesetzten mit den Kolleg*innen super befreundet sind, dann ist es eher schwierig und dann wählen die Auszubildenden eher einen Ausbildungsplatzwechsel. Weil sie keine Unterstützung erfahren und sich das dann weiter fortsetzt.“ (Expert*inneninterview 02)*

Auch wenn die Auszubildenden laut den Schilderungen der Fachkraft meist erfolgreich eine andere Ausbildungsstelle oder einen anderen Praktikumsplatz finden, kann von einer hohen Frustration und Demotivation der Betroffenen ausgegangen werden, da nicht die Verantwortlichen, sondern die Betroffenen selbst die Konsequenzen erleben und Ausbildungsverläufe nicht aufgrund fehlender fachlicher Kompetenzen unterbrochen werden. Betroffene fühlen sich oft alleingelassen; eine offizielle Beschwerdestelle und Unterstützungsstrukturen im Landkreis sowie eine Sensibilisierung der Betriebe fehlen.

Auch in den Schulen kommt es immer wieder zu Rassismus und Diskriminierung, sowohl vonseiten der Lehrkräfte als auch der Schüler*innen. In der Gruppendiskussion zum Thema Leben in Vielfalt wurde beispielsweise ein Gymnasium in Schleswig angesprochen, in dem es immer wieder zu rassistischen Äußerungen von Lehrkräften kam und sich Schüler*innen, die sich als PoC bezeichnen oder Kopftuch tragen, diskriminiert fühlen. Wenn die Äußerungen angesprochen wurden, wurde ein Problem mit strukturellem Rassismus an der Schule zurückgewiesen. Von anderen Schulen wurde weitergetragen, dass sich Eltern mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in bestimmten Schulen beispielsweise an Elternabenden nicht willkommen und respektiert fühlen. Aus einer Schule in Handewitt wurde berichtet, dass ein Zettel mit einem ausländerfeindlichen Spruch an die Tür der DaZ-Klasse gehängt wurde.

Des Weiteren wurde der Fall eines jungen Menschen mit Migrationsgeschichte geschildert, der eine Ausbildung zum*zur Krankenpfleger*in machte, alle Prüfungen bestand und dennoch als

Krankenpflegehelfer*in eingestuft wurde, vermeintlich aufgrund nicht ausreichender Deutschkenntnisse. Der*die Betroffene war jedoch bereits als Kind nach Deutschland zugewandert, so dass von ausreichenden Deutschkenntnissen ausgegangen werden kann. Da die zuständige Lehrkraft gleichzeitig auch der*die Prüfer*in war, kam der*die Betroffene nicht dagegen an; auch hier blieb als einziger Ausweg für den*die Betroffene*n, die Ausbildung noch einmal an einer anderen Schule zu machen. Ein*e selbst von Rassismus betroffene*r Unterstützer*in beschreibt die Ungerechtigkeit und Ohnmacht der Situation folgendermaßen:

*„Das tut richtig weh, das tut manchmal richtig weh. Aber man weiß nicht, an wen man sich wenden soll.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)*

Darüber hinaus passieren auch viele Fälle rassistischer Äußerungen und Beleidigungen durch Kinder und Jugendliche, die zum Teil die verletzende Wirkung ihrer Aussagen und Handlungen nicht verstehen. So berichtete ein*e Interviewpartner*in von Kindern, die sich über die geringen Deutschkenntnisse ihres*ihrer Mitschüler*in lustig machten oder nachschauen wollten, ob die Hautfarbe eines schwarzen Kinds abfärbt.

3.3.2 Wohnraumsuche

Rassismus und Diskriminierung können auch bei der Wohnungssuche eine Rolle spielen. Mehrere Interviewpartner*innen beschrieben, dass Vermieter*innen ihr Wohnungsangebot oftmals wieder zurückziehen, wenn sie erfahren, dass die Wohnung an Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund vermietet werden soll, auch wenn die Vermietung beispielsweise über die Stadt Schleswig läuft. Wenn Menschen mit Fluchtgeschichte selbst auf Wohnungssuche gehen, gestaltet es sich noch schwieriger, insbesondere für geflüchtete Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Wohnungsbaugesellschaften nehmen laut Expert*innen aus dem Landkreis generell niemanden mit unsicherem Aufenthaltsstatus, sondern bevorzugen Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis von mindestens drei Jahren. Auch private Vermieter*innen möchten in der Regel langfristig vermieten – eine Aufenthaltsgestattung oder Duldung wird jedoch nur für jeweils drei bis sechs Monate verlängert.

Beim Thema Wohnraumsuche fällt die Diskriminierung von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte besonders im Vergleich zu der aktuell sehr ausgeprägten Hilfsbereitschaft und Solidarität gegenüber ukrainischen Geflüchteten auf. Diese wurde sowohl in den Gruppendiskussionen und Interviews als auch beim Werkstattgespräch von betroffenen Migrant*innen selbst angesprochen. Während viele Vermieter*innen nicht an Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte aus anderen Ländern vermieten möchten, bekommen ukrainische Geflüchtete Wohnungen sogar kostenlos angeboten:

*„Ich habe [für Ukrainer*innen] so viele Wohnungen angeboten bekommen, sogar im eigenen Haus ... Ich hatte eine ganz tolle irakische Familie, die saßen drei Monate im Hotel, ... und keiner wollte an diese Familie vermieten. Die haben alle gesagt, für Ukrainer ja, für die Familie nein.“ (Expert*inneninterview 01)*

„Wir suchen Wohnungen seit wirklich langer Zeit. Und keiner will uns hier eine Wohnung vermieten, wenn wir sagen, wir brauchen Wohnungen für Flüchtlinge, dann lehnen die das

*sofort ab. Aber jetzt habe ich seit drei Tagen drei Angebote für Wohnungen und auch kostenlos. Also ohne Geld!“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

Diese Benachteiligung spiegelt sich laut den Expert*innen auch in anderen Bereichen wieder, z.B. bei Kleiderspenden ausschließlich für Ukrainer*innen, der Anerkennung von Schul- oder Berufsabschlüssen, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, Sozialleistungen oder der Erweiterung von Kita-Plätzen für ukrainische Kinder. Auch wenn die Ungleichbehandlung zum Teil rechtlich bedingt ist, werden gerade bei ehrenamtlichen Hilfsangeboten, wie Kleiderspenden oder Wohnungsangeboten, diskriminierende und rassistische Einstellungen im Landkreis offensichtlich. Die Diskriminierung von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte aus anderen Ländern kann nach Einschätzung der Fachkräfte schnell zu Unmut und Ungerechtigkeitsempfinden führen und Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen auslösen.

3.3.3 Alltag und Soziale Medien

Darüber hinaus tritt Alltagsrassismus in allen weiteren alltäglichen Lebensbereichen auf, z.B. beim Einkaufen oder auf der Straße. Ein*e Teilnehmer*in einer Gruppendiskussion berichtete, dass Migrant*innen, die regelmäßig frühmorgens versuchen, Lebensmittel zu einem günstigeren Preis einzukaufen, rassistisch beleidigt, nicht in den Supermarkt hereingelassen oder wieder hinausgeworfen werden. Weiterhin schilderten Betroffene, dass sie im Supermarkt besonders beobachtet, verfolgt und überprüft werden. Ein*e Teilnehmer*in einer Gruppendiskussion erzählte, dass er*sie an der Bushaltestelle angepöbelt wurde, weil er*sie auf Arabisch telefonierte hatte. Auch auf der Straße werden Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte oft mit Vorbehalten wahrgenommen und anders eingeschätzt:

*„Ich krieg’ das auch mit, wenn zwei bis drei Jugendliche auf der Straße ’rumlaufen, sich unterhalten, vielleicht ein bisschen ’rumalbern. Das wirkt für viele gleich bedrohlich. Wenn man dann im Gegenzug auf der anderen Straßenseite genau das gleiche sieht, nur dass sie nicht als Ausländer gelesen werden, dann sind es halt pubertierende Jugendliche, die ein bisschen laut sind. Das merke ich wirklich, ich seh’ das tagtäglich.“ (Expert*inneninterview 01)*

In den Sozialen Medien müssen Betroffene immer wieder rassistische und vorurteilshafte Kommentare lesen. Ein*e selbst von Rassismus betroffene*r Interviewpartner*in berichtete, er*sie hoffe immer, dass der*die Täter*in niemand mit „sichtbarem Migrationshintergrund“ ist, wenn irgendetwas im Landkreis passiert ist. Bei Straftaten oder Vorfällen, z.B. wenn ein Fahrrad gestohlen wurde, werden schnell ausländerfeindliche Kommentare gepostet, auch wenn der*die Täter*in gar nicht bekannt ist.

Die verschiedenen Beispiele zeigen, wie allgegenwärtig Rassismuserfahrungen für Betroffene in Schleswig-Flensburg sind. Der Mehrheitsgesellschaft im Landkreis fehlt größtenteils das nötige Problembewusstsein und eine Sensibilisierung für rassistische Inhalte und Äußerungen, worauf in Kapitel 3.5 näher eingegangen wird.

3.4 QUEERFEINDLICHKEIT

Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Landkreis Schleswig-Flensburg richten sich auch wiederholt gegen die LSBTIQ+ Community und treten vor allem in Form von homo-, bi- oder trans*-feindlichen Beleidigungen auf. Vorfälle körperlicher Gewalt sind aus dem Landkreis aktuell nicht bekannt, es gibt allerdings immer wieder Fälle in der Region, wie 2020 in Pinneberg, als ein lesbisches Pärchen auf offener Straße körperlich angegriffen wurde. Nach Einschätzung von Expert*innen aus der Region ist die Dunkelziffer an queerfeindlichen Angriffen sehr hoch, da Betroffene Vorfälle selten anzeigen, Vorurteile und Anfeindungen gewöhnt sind und versuchen, vieles an sich abprallen zu lassen.

Personen aus der LSBTIQ+ Community erleben häufig queer- oder trans*-feindliche Beleidigungen, die von den Umstehenden meist heruntergespielt werden:

*„Wenn irgendwelche [schwulenfeindlichen] Schimpfworte fallen, ... dann kommt von anderen nur ganz schnell: ‚Ach, das ist doch nicht so schlimm, das ist doch nur so dahingesagt, das meint er ja gar nicht so‘. Das wird ganz viel heruntergespielt und letzten Endes ist es eine Straftat, das muss man sich klarmachen. ... Das kann man so nicht hinnehmen, das ist nicht akzeptabel.“ (Expert*inneninterview 03)*

Auch hier stellen demnach fehlendes Problembewusstsein und unzureichende Aufklärung eine große Herausforderung dar. Der*die Interviewpartner*in betont, dass auch verbale Angriffe ernstgenommen werden müssen und bei den Betroffenen zu seelischen Verletzungen führen können. Zudem ist es von Beschimpfungen zu tätlichen Angriffen zum Teil nicht weit.

3.5 FEHLENDES PROBLEMBEWUSSTSEIN UND GERINGE SENSIBILISIERUNG FÜR GMF

Laut Einschätzung der Expert*innen aus der Region passiert ein Großteil der Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht aus einer explizit politischen Motivation heraus, sondern ist, wie in den vorherigen Kapiteln bereits angesprochen, meist in einem fehlenden Problembewusstsein und mangelnder Sensibilisierung begründet. Die Mehrheit der Bevölkerung des Kreises Schleswig-Flensburg ist nicht selbst von Rassismus, Antisemitismus oder Queerfeindlichkeit betroffen, setzt sich nicht damit auseinander und sieht somit keinen Grund, ihr Verhalten zu ändern oder abwertende Bezeichnungen nicht mehr zu verwenden. Vielen fehlt es dementsprechend an Wissen über die Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und struktureller Diskriminierung sowie an Verständnis für die Betroffenen. Dies äußert sich beispielsweise darin, dass Transparente mit antisemitischen Inhalten bei „Corona-Protesten“ toleriert werden, antisemitische Chiffren in Verschwörungserzählungen nicht als solche wahrgenommen werden oder rassistische, antiziganistische oder queerfeindliche Äußerungen und Schimpfworte nicht auf Gegenrede stoßen.

Laut Einschätzung des Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Flensburg ist die Bevölkerung des Kreises Schleswig-Flensburg sehr homogen und es gibt kaum Wissen über Alltagsrassismus. Insbesondere in Schulen wird die Problematik immer wieder offensichtlich:

„Was wir auch erleben, wenn wir in Schulklassen arbeiten, [ist], dass überhaupt kein Wissen darüber da ist: Was ist überhaupt gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, was ist Rassismus, was hat das auch mit mir zu tun und meinem alltäglichen Wahrnehmen? Auch dass Rassismus reproduziert werden kann, auch wenn keine Betroffenen anwesend sind, dass es halt trotzdem problematisch ist. Das sind so Dinge, die uns immer wieder begegnen. ... ,Ich und rassistisch? Nee, das sind ja nur die Rechtsextremen“. (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 01)

Auch andere Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen und Interviews machen darauf aufmerksam, dass menschenfeindliche Äußerungen und unterschwelliger Rassismus unter Schüler*innen aller Klassenstufen stark präsent sind und sowohl Lehrer*innen als auch Fachkräften der Schulsozialarbeit und Jugendpflege vermehrt auffallen. Allerdings ist der durchgängige Eindruck aller Beteiligten, dass es sich nicht um politisch motivierte Äußerungen handelt, sondern die Kinder und Jugendlichen durch ihre Elternhäuser geprägt sind und bestimmte Äußerungen und Begriffe von den Eltern übernommen und unreflektiert wiederholt werden. In den Schulen wird zum Teil versucht, dies aufzuarbeiten, auch durch die Schüler*innenvertretungen, laut Interviewpartner*innen ist es jedoch schwierig, an die jeweiligen Kinder und Jugendlichen heranzukommen. Unter den Lehrkräften variiert das Problembewusstsein ebenfalls und die Problemlage wird unterschiedlich bewertet. Während einige Lehrer*innen rassistische Vorfälle wahrnehmen und dagegen vorgehen möchten, spielen andere die Thematik herunter und sehen keinen dringenden Handlungsbedarf.

Laut Einschätzung der Fachkräfte aus dem Landkreis lassen sich abwertende Einstellungen und Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit allerdings nicht einer Gesellschaftsschicht zuordnen. Stattdessen existieren insgesamt viel rassistisches Gedankengut und reproduzierte GMF; bestimmte Narrative und Vorurteile, z.B. gegenüber Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, ziehen sich durch alle Gesellschaftsschichten.

Des Weiteren gibt es viel Unwissen, Unbeholfenheit und fehlende Sensibilisierung im Umgang mit der LSBTIQ+ Community sowie zum Teil wenig Verständnis für die Lebensrealität queerer Menschen. Dies äußert sich z.B. durch das oben genannte Bagatellisieren homofeindlicher Beleidigungen oder durch eine Überforderung von Eltern und Fachkräften im Umgang mit trans* Kindern und Jugendlichen. Ein*e Interviewpartner*in berichtete im Expert*inneninterview, dass Eltern ihrem Sohn* das Ausprobieren von „Mädchenkleidung“ verbieten, weil sie Angst haben und verunsichert sind, welche Auswirkungen dies auf ihr Kind hat. Auch hier halten sich hartnäckig Schubladendenken und Klischees und es bedarf an Aufklärung und Sensibilisierung.

Weiterhin schilderte der*die Interviewpartner*in einen Fall aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, bei dem ein*e Journalist*in eine Jugendfeuerwehrgruppe für ihre Zeitung interviewte. In der Gruppe war auch ein*e trans* Jugendliche*r, was der*die Journalist*in noch spannender fand. Aus dem Artikel über die Jugendfeuerwehr wurde dann ein Zeitungsbericht über das Outing der trans* Person, in dem ohne Absprache deren alter Name genannt wurde, was eine beträchtliche Verletzung der Privatsphäre der Person darstellt. Die Zeitung zeigte eine gleichgültige Reaktion und kein Bewusstsein dafür, etwas falsch gemacht zu haben:

*„Und das zeigt, dass für die Situation, in der queere Menschen teilweise leben, überhaupt kein Verständnis da ist, weil man's auch nicht weiß. ... Das ist wahrscheinlich in vielen Fällen gar nicht böse gemeint, also da fehlt einfach ganz viel Aufklärung.“ (Expert*inneninterview 03)*

Auch wenn keine politische Motivation oder böse Absicht dahintersteckt, bei den von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Betroffenen richten unreflektierte Äußerungen, vorurteilsbelastetes Verhalten oder vermeintliche Witze dennoch Schaden an und können dazu führen, dass sie sich nicht als Teil der Gesellschaft fühlen, insbesondere wenn dies wiederholt auftritt. Betroffene fühlen sich oftmals alleingelassen und es fehlt im Kreis Schleswig-Flensburg an Unterstützungs- und Beratungsstrukturen sowie an Sensibilisierung und Aufklärung.

4 SITUATION IN BEZUG AUF DIE TEILHABE BESTIMMTER GRUPPEN

Für ein erfolgreiches demokratisches Miteinander ist die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen essentiell. In den folgenden Kapiteln soll dargestellt werden, in welchen Bereichen die Teilhabe bestimmter Gruppen fehlt bzw. eingeschränkt ist und verbessert werden kann.

4.1 TEILHABE VON MENSCHEN MIT MIGRATIONS- ODER FLUCHTGESCHICHTE

Im Kreis Schleswig-Flensburg sind Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte aus vielen verschiedenen Ländern vertreten. Auch wenn jede*r einzelne eine andere Biografie aufweist, existieren doch bestimmte, speziell diese Gruppe betreffende Hürden, die eine fehlende gesellschaftliche Teilhabe zur Folge haben können und im Folgenden vorgestellt werden.

Fachkräfte aus dem Landkreis berichteten, dass sich die Integration von Neuzugewanderten oftmals als schwierig erweist und sie in vielen Bereichen des Alltagslebens nicht teilnehmen:

*„[Wir haben in Handewitt] vor sechs oder sieben Jahren die Flüchtlingshilfe mitgegründet, der Ehrenamtsverein ... hat also viel dafür getan, dass es eine gesellschaftliche Aufnahme gab mit bürgerlichem Engagement und man muss wirklich sagen, es ist nicht wirklich gelungen. Also die wenigsten von den Menschen, die hier angekommen sind, sind außerhalb [des Kreises der] ... bewusst Ehrenamtlichen wirklich gut integriert. ... Also für mich wäre der Schritt erst getan, dass man Vielfalt lebt, wenn die Eltern tatsächlich zu den Elternabenden [in die Schule] kommen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

Auch andere Teilnehmer*innen berichteten in der Gruppendiskussion, dass sie kaum Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in ihr Netzwerk zur Unterstützung geflüchteter Menschen holen und halten konnten. Während Kinder und Jugendliche meist zumindest durch die Schule oder Ausbildung einen Zugang zur Gesellschaft finden, werden insbesondere ältere Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte oft nicht erreicht. Die Infrastruktur im ländlichen Raum von Schleswig-Flensburg, die zum Teil geringe Mobilität und die geringe Anzahl der Angebote erschweren zum einen ihre gesellschaftliche Teilhabe. Zum anderen sind laut lokalem*lokaler Expert*in auch die migrantischen Communities im Landkreis weit verteilt, sodass Kultur und Sprache als Ressourcen verlorengehen können.

Die Freizeitangebote im ländlichen Raum beschränken sich nach Einschätzung der Fachkräfte aus dem Landkreis meist auf klassische Vereine wie den Fußballverein, die freiwillige Feuerwehr oder den Schützenverein und weisen wenig Vielfalt auf. Gerade die Sport- und Jugendvereine werden allerdings auch immer wieder als große Chance genannt, um Menschen zueinander zu führen und als Beispiel für eine gelebte Vielfalt. Gleichzeitig wird es auch als teilweise schwierig beschrieben, die Verbands- und Vereinsstrukturen aufzubrechen und zu öffnen, vor allem im ländlichen Raum. Die Interviewten bescheinigen dem ländlichen Raum aber auch eine positive Entwicklung. Ein*e Teilnehmer*in schilderte ihre*seine Überraschung über die vermehrte Offenheit und Mentalitätsentwicklung in ihrem*seinem Heimatdorf.

Dennoch kennen Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte die Angebote zum Teil nicht, fühlen sich nicht davon angesprochen oder trauen sich nicht eigenständig hinzugehen, z.B. aufgrund einer sprachlichen Barriere:

*„Ich glaube, das liegt so beidseitig. Dass da ein Hemmnis oder eine Schwelle ist, die [von beiden Seiten] überschritten werden muss, damit tatsächlich auch eine Integration in diesen Vereinen stattfindet.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

Nach Einschätzung der Expert*innen ist die Erwartung, dass der Schritt zum Austausch und zur Teilhabe vonseiten der Neuzugewanderten gemacht wird, differenziert zu betrachten. Viele Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte würden auch eine Erwartung, abgelehnt zu werden, mit sich herum. In diesem Fall braucht es laut der Expert*innen jemanden, der sie an die Nachbar*innen oder den Sportverein heranzuführt, Moderator*in „spielt“ und vermittelt. Ein*e Interviewpartner*in schilderte, dass viele Neuzugewanderte Kontakt suchen, ihre Nachbar*innen kennenlernen und ankommen möchten, es jedoch an Begegnungsmöglichkeiten fehlt und durch Covid-19 noch weiter erschwert wurde.

*„Ich versuche es immer wieder, die Menschen zueinander zu führen, dass man sagt: ‚Ich brauch‘ keine Hemmungen zu haben, nur weil der vielleicht lauter redet in einer fremden Sprache‘. Die meisten kamen dann im Nachgang und haben gesagt: ‚So ein toller Mensch. Das ist richtig klasse, dass wir uns kennengelernt haben‘.“ (Expert*inneninterview 01)*

So bleiben die verschiedenen Gruppen, Alteingesessene und (Neu-)Zugewanderte, meist unter sich, treten kaum in Austausch und haben Hemmungen aufeinander zuzugehen, was eine nachhaltige Integration und Teilhabe behindert. Weiterhin erklärte er*sie, dass es wenig Bemühungen vonseiten der Aufnahmegesellschaft im Landkreis gibt. Die Personen, die bereits engagiert sind, kommen auch zu Veranstaltungen; alle anderen sind schwer zu erreichen bzw. zu überzeugen, sich z.B. an Veranstaltungen oder Begegnungsformaten zu beteiligen.

Ein*e andere*r Interviewpartner*in weist noch einmal explizit auf mangelnde Sprachkenntnisse als Hindernis für die Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte hin und verdeutlicht, dass Spracherwerb langwierig ist:

*„Wir haben uns von vielen Jugendlichen, auch von erwachsenen Migranten, Beteiligung oder freiwillige Teilhabe gewünscht, die für sie eine Höchstanstrengung war aufgrund des Sprachmangels, des Verständigungsmangels. Also man muss sich auch mal vorstellen, was das für einen Mut kostet, sich in Großveranstaltungen zu begeben, wo man die Sprache nicht versteht und wenn man angesprochen wird, nach Worten suchen muss.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

Der Spracherwerb ist für eine gesellschaftliche Teilhabe essentiell; nach Einschätzung der Expert*innen bestehen gute Angebote an Sprach- und Integrationskursen sowie DaZ-Klassen im Landkreis und es hat sich in den letzten Jahren viel getan. So lernen nicht nur die Kinder in der Schule Deutsch, sondern auch neuzugewanderte Erwachsene, die damit auch die erste Hürde in Richtung Arbeitsmarktintegration nehmen, die einen wichtigen Faktor für die gesellschaftliche Teilhabe darstellt. Weiterhin schwierig bleibt jedoch oftmals die mangelhafte oder fehlende

Anerkennung von Schul- oder Berufsabschlüssen. Ein junger Familienvater, der für den Berufseinstieg erst einmal eine Ausbildung machen muss und monatlich nur 400 € verdient, entscheidet sich häufig für einen anderen Weg. Dadurch gehen viele Menschen in Aushilfsjobs, da sie dort für den Moment mehr verdienen. Für viele neuzugewanderte Frauen kommen Schwangerschaften oder die Kinderbetreuung als Herausforderung bei der Arbeitsmarktintegration hinzu. Im Gegensatz zu in Deutschland ausgebildeten Frauen haben sie ohne anerkannte Abschlüsse oder Berufserfahrung keinen Beruf, auf den sie zurückgreifen können, und können dementsprechend nach der Elternzeit nicht direkt wieder in den Job einsteigen. Laut Expert*in aus dem Landkreis gab es vor der Covid-19-Pandemie diverse Angebote mit Kinderbetreuung für geflüchtete Frauen, um sich zu treffen, auszutauschen und gemeinsam Deutsch zu lernen. Diese sind allerdings durch Covid-19 weggefallen und müssen wieder neu aufgebaut werden.

Für geflüchtete Menschen stellt laut der Fachkräfte ein unsicherer Aufenthaltsstatus die größte Herausforderung dar, die ihnen die Teilhabe verwehrt. Dies betrifft zwar nicht ausschließlich den Kreis Schleswig-Flensburg, spielt jedoch auch hier eine Rolle. Wie bereits beschrieben, beeinflusst ein unsicherer Aufenthaltsstatus die Wohnungs- oder auch die Ausbildungssuche und bringt viele bürokratische Hürden mit sich. Eine Person mit Aufenthaltsgestattung, die eine Ausbildung anfangen möchte, muss zunächst eine Beschäftigungserlaubnis beantragen. Bei einer Person mit Duldung prüft die Ausländerbehörde noch einmal besonders, ob sie eine aufenthaltsverfestigende Möglichkeit in Form einer Ausbildung geben möchte. Wenn die Duldung aufgrund eines Schutzstatus in einem anderen EU-Land ausgestellt wurde, wird diese Möglichkeit nur in Einzelfällen gewährt, da eine gute Bleibeperspektive in Deutschland nicht gewünscht ist. Ein*e Expert*in aus der Region kritisiert diese Situation für Betroffene, die bereits einige Jahre im Landkreis leben, über gute Deutschkenntnisse verfügen, sich engagieren und gerne eine Ausbildung machen möchten, als äußerst frustrierend und die Unsicherheit als belastend. Zudem bezeichnete er*sie die aktuellen Regelungen als unverständlich, da Arbeitskräfte gebraucht werden und bereits viel Geld für die Betroffenen investiert worden ist.

Die schwierige Wohnungsmarktlage stellt jedoch eine Herausforderung für viele Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte in Schleswig-Flensburg dar, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, und erschwert ihnen die soziale Teilhabe. Die interviewten Fachkräfte berichteten, dass neuzugewanderte Menschen in einigen Orten im Landkreis keinen adäquaten Wohnraum finden und von Sozialarbeiter*innen und zuständigen Behörden aufgefordert werden, sich Richtung Kiel oder Hamburg zu orientieren.

*„Wie kann man denn Vielfalt leben, wenn die Wohnsituation nicht gegeben ist, dass man an einem Ort überhaupt leben kann?“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

Es fehlt an Investor*innen, die Sozialwohnungen bauen, bzw. vorhandene Sozialwohnungen sind anderen Klientel vorbehalten; private Vermieter*innen stellen ihre Wohnungen ungern zur Verfügung.

*„Also da ist eher eine Ghettoisierung, dadurch dass die Gemeinde dann z.B. Wohnsituationen angemietet hat, aber seit Jahren schon, die einfach prekär sind ... und auch nicht wirklich zur Integration beitragen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 02)*

4.2 TEILHABE DER LSBTIQ+ COMMUNITY

Auf Anfeindungen und unreflektierte Äußerungen gegenüber der queeren Community sowie auf das fehlende Problembewusstsein für die Diskriminierungserfahrungen queerer Menschen wurde in vorherigen Kapiteln bereits eingegangen. In diesem Kapitel sollen die Lebensrealität, Bedarfe und Herausforderungen queerer Menschen im Kreis Schleswig-Flensburg beleuchtet werden.

Im Kreis Schleswig-Flensburg existieren kaum Angebote, Treffpunkte oder Vernetzungsmöglichkeiten für die LSBTIQ+ Community. Laut einem*einer Expert*in aus der Region gibt es aus Eigeninitiative entwickelte schwule bzw. queere Stammtische in Schleswig und Kappeln, die allerdings nicht durch einen offiziellen Verein oder Verband initiiert wurden. In einer Gruppendiskussion wurde außerdem ein Angebot für queere Jugendliche im Jugendzentrum von Süderbrarup genannt. Darüber hinaus sind im ländlichen Raum keine Angebote bekannt. Queere Menschen aus dem Landkreis orientieren sich für queeres Leben, Veranstaltungen und Angebote meist in Richtung der größeren Städte außerhalb von Schleswig-Flensburg, wie Flensburg oder Kiel. Dafür müssen sie jedoch zum einen mobil sein, Zeit und Ressourcen haben, um regelmäßig in eine größere Stadt zu fahren, zum anderen auch alt genug sein. Gerade für queere Jugendliche kann dies eine Hürde darstellen, die ihre soziale Teilhabe erschwert. Weiterhin gibt es keine Angebote für Regenbogenfamilien im Kreis Schleswig-Flensburg. Nach Einschätzung des schleswig-holsteinischen Landesverbands des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD SH) ist der Bedarf an Möglichkeiten zum Kennenlernen anderer Regenbogenfamilien und zum Erfahrungsaustausch jedoch definitiv vorhanden. An einem Online-Austauschtreffen im Rahmen der Rainbow Days in Flensburg 2021 nahmen Familien aus ganz Schleswig-Holstein teil, auch aus dem ländlichen Raum.

Nicht nur hinsichtlich der Freizeitangebote und Austauschformate gibt es wenig Möglichkeiten im Landkreis, es fehlen auch Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für die LSBTIQ+ Community. Vom Land geförderte Beratungsangebote für queere Menschen, die natürlich auch Menschen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg beraten, gibt es in Kiel und Lübeck. Allerdings muss man auch hierfür ein Auto haben oder sich ein Zugticket leisten können bzw. alt genug sein, um allein dorthin zu fahren. Laut Expert*in aus der Region ist der Bedarf sehr hoch und es gibt lange Wartelisten, sodass sich Ratsuchende auch an Beratungsstellen wenden, die nicht explizit Beratung für queere Menschen anbieten:

*„Die Nachfrage ist riesig groß und die Leute kommen nicht nur aus Kiel und Lübeck, sondern aus dem ganzen Land. Ich hatte letztens eine Anfrage, eine Mutter mit einer queeren Tochter, die bei der Aidshilfe in Neumünster aufgelaufen sind, gefragt haben: ‚Wo können wir uns hinwenden?‘. Da kann man von Neumünster aus nur sagen, Kiel oder Lübeck. ... Aber das sind natürlich auch Strecken und das ist im Kreis Schleswig-Flensburg genauso.“ (Expert*inneninterview 03)*

Der*die Interviewpartner*in berichtete, dass der LSVD SH versucht, auch in Flensburg mithilfe der Kommune ein derartiges Angebot aufzubauen, um ein Beispielprojekt zu haben, mit dem auch andere Kommunen überzeugt werden können. Auf diese Weise sollen auch die Flächen

jenseits der großen Städte besser erreicht werden. Eine weitere Möglichkeit ist der Aufbau eines mobilen Beratungsangebots.

Des Weiteren fehlen Angebote für Betroffene von Mehrfachdiskriminierung, wie z.B. queere Geflüchtete, die teilweise weniger mobil sind, evtl. über mangelhafte Sprachkenntnisse verfügen und weniger Ressourcen haben, um sich zu informieren. In ganz Schleswig-Holstein gibt es nur eine Beratungsstelle mit einem Angebot explizit für queere Geflüchtete, der Verein HAKI e.V. in Kiel. Das Projekt wird allerdings vorwiegend ehrenamtlich umgesetzt, nur unterstützt durch eine 450-€-Kraft, und ist laut Expert*in damit stark unterfinanziert, hat mit einer geringen Ausstattung und der hohen Nachfrage zu kämpfen. Nach Einschätzung des*der Expert*in fehlt anderen Beratungsstellen für geflüchtete Menschen in Schleswig-Holstein teilweise die Sensibilisierung für die Bedarfe queerer Menschen. Der*die Interviewpartner*in verdeutlicht, dass es, wenn das Queersein der Fluchtgrund ist und Betroffene in der Flüchtlingsunterkunft zum Teil auf dieselben Menschen treffen, vor denen sie geflohen sind, andere Anlaufstellen ausschließlich für queere Geflüchtete braucht. Er*sie kritisiert ein Beratungsangebot für ein ganzes Bundesland als viel zu wenig.

Ein weiterer Faktor, der die Teilhabe der LSBTIQ+ Community im Landkreis beeinflusst, ist laut Expert*in die fehlende Relevanz des Themas in der Politik. Auf die Frage, inwiefern sich die (Kommunal-)Politik für die queere Community einsetzt, antwortet der*die Expert*in:

*„Also [die] Politik von sich aus gar nicht. Das kann man ganz klar so sagen. Es gibt immer mal wieder so Ansätze, aber das ist dann auch immer wieder sehr individuell betrieben.“ (Expert*inneninterview 03)*

Er*sie führt aus, dass beispielsweise der Kreis Schleswig-Flensburg zwar der Lübecker Erklärung für Akzeptanz und Respekt beigetreten ist, der Antrieb dafür aber durch einen Teilnehmer des schwulen Stammtischs Schleswig entstand, der in der SPD engagiert ist. Weiterhin nehmen einige Gleichstellungsbeauftragte queere Themen mit auf, für andere gehört das Thema nicht zu ihrem Arbeitsbereich oder ihre Stunden reichen nicht aus, um sich auch der LSBTIQ+ Community zu widmen. Laut Interviewpartner*in müsste der Auftrag der Gleichstellungsbeauftragten erweitert oder Stellen für Diversitätsbeauftragte geschaffen werden. Er*sie beschreibt die Situation in vielen Kommunen als „*blöde Konkurrenzsituation*“, in der überlegt werden muss, wie viel Zeit und finanzielle Ressourcen man in einem anderen Bereich einsparen kann, um sie für den queeren Bereich zu verwenden, obwohl z.B. Frauenförderung genauso wichtig ist und weiterhin realisiert werden muss. Stattdessen sollten ausreichend finanzielle Mittel für alle sozialpolitischen Bedarfe zur Verfügung gestellt werden.

Der*die Expert*in wünscht sich viel mehr Eigeninitiative aus den Kommunen heraus, dass sie offener mit queeren Themen umgehen und sie auch als Chance begreifen sollten statt als „*ein[en] Problemfall mehr, den man lösen muss*“. Als positives Beispiel nannte er*sie das Kinder- und Jugendbüro der Stadt Flensburg, das aus Eigeninitiative eine Steuerungsgruppe Diversität zusammengestellt hat, aus der unter anderem eine „queere Kiste“ entstanden ist. Diese Spiel- und Bücherkiste mit altersgerechten queeren Inhalten, aber auch Handlungsempfehlungen und Vorworten queerer Organisationen, wurde an alle Kitas verteilt, für die das Kinder- und

Jugendbüro zuständig ist. Nach Einschätzung des*der Interviewpartner*in kann der LSVD SH solche Projekte nicht in jeder Kommune initiieren, sondern diese müssen stattdessen von den Kommunen selbst angegangen werden, wofür Vernetzung untereinander erforderlich ist. Er*sie ordnet das Projekt als äußerst wichtig ein, da es das Thema im Alltag verankert und dadurch die in vorherigen Kapiteln beschriebene fehlende Sensibilisierung angeht.

Laut Expert*in braucht es mehr Aufklärung und breitflächige Bildung, in Kitas, Schulen, der Ausbildung wie auch in der Erwachsenenbildung. Kindgerechte Aufklärung, z.B. darüber, dass es auch Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern gibt, passiert seiner*ihrer Meinung nach noch viel zu wenig. Auch hinsichtlich der bereits angesprochenen Überforderung von Eltern oder Fachkräften im Umgang mit trans* Kindern und Jugendlichen mangelt es an Aufklärung und Beratungsangeboten. Gerade in einem sehr ländlich geprägten Landkreis wie Schleswig-Flensburg fehlt oftmals die Sichtbarkeit und ein alltäglicher selbstverständlicher Umgang mit queeren Themen, sodass queere Menschen immer wieder mit Vorbehalten und Klischees konfrontiert sind.

*„Das müssen Kleinigkeiten sein, die im Lebensalltag sowieso mit dabei sind, weil letzten Endes ist ‚queer‘ kein Lebensinhalt, sondern man ist queer und dann betrifft es natürlich alle Bereiche des Lebens, sei es Job, Hobbys, Einkaufen, Wohnen, Beziehung. Es bezieht sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche, aber es ist nicht immer im Vordergrund. ... Und so muss das Thema auch in der Gesellschaft ankommen.“ (Expert*inneninterview 03)*

Bei seiner*ihrer ehrenamtlichen Arbeit für die LSBTIQ+ Community begegnen ihm*ihr auch immer wieder Aussagen wie: *„Eigentlich habe ich ja nichts gegen die, aber ich kenne ja auch keinen“*. Um insgesamt die Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern und auch diejenigen zu erreichen, die nicht an Bildungsangeboten teilnehmen und nicht zu Elternabenden oder Veranstaltungen kommen, braucht es mehr Sichtbarkeit:

*„Sichtbarkeit ist immer der Schlüssel zur Akzeptanz, ohne Sichtbarkeit geht es nicht. ... Es wird immer einen Teil [der Gesellschaft] geben, den man nicht erreicht, und die kriegt man eigentlich nur über Sichtbarkeit, über Werbung, im Alltag, durch Kleinigkeiten. Dass sie immer mal wieder ein bisschen damit konfrontiert werden und sich dem irgendwann vielleicht auch nicht mehr entziehen können.“ (Expert*inneninterview 03)*

Allerdings können die Lebensrealitäten und Erfahrungen queerer Menschen im Kreis Schleswig-Flensburg natürlich sehr unterschiedlich sein. Es gibt auch im ländlichen Raum viele queere Menschen, die geoutet sind und sich akzeptiert fühlen. Andere, die nicht geoutet sind und sich auch nicht trauen, sich zu outen, melden sich entweder beim LSVD SH, nutzen die Beratungsangebote in den umliegenden Landkreisen oder sie ziehen weg. Generell ist die Erfahrung des*der Expert*in, dass queere Menschen relativ früh nach Hamburg oder in weiter entfernte Orte ziehen.

4.3 TEILHABE VON JUGENDLICHEN UND JUNGEN ERWACHSENEN

4.3.1 Partizipationsmöglichkeiten und Hürden

4.3.1.1 IM KOMMUNALEN RAUM

Paragraph 47f. der Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins schreibt vor, Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen betreffen, in angemessener Weise zu beteiligen. Demnach ist Kinder- und Jugendbeteiligung für die Gemeinden überall dort verpflichtend, wo die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen berührt wird. Die Umsetzung des Paragraphen geschieht unter anderem durch die Kinder- und Jugendbeiräte, von denen es im Kreis Schleswig-Flensburg folgende gibt: die Jugendbeiräte Freienwill, Großsolt und Tarp, die Jugendkonferenz der Stadt Schleswig sowie die Kinder- und Jugendbeiräte in Kappeln und des Amts Süderbrarup. Ziel dieser Beteiligungsform ist es, Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Sie können an Amtssitzungen teilnehmen und haben zwar kein Stimmrecht, dürfen aber Empfehlungen an die Ratsversammlung abgeben. Zudem wird ihnen pro Jahr ein gewisses Budget zur Verfügung gestellt, mit dem sie auch eigene Projekte, Aktionen und Programme durchführen können.

In den Gruppendiskussionen zum Thema Jugendbeteiligung wurde vor allem von der Jugendkonferenz in Schleswig und den Beiräten aus Süderbrarup und Kappeln berichtet. Der Kinder- und Jugendbeirat in Süderbrarup besteht aus bis zu zwölf Kindern und Jugendlichen im Alter von zwölf bis 21 Jahren, die zu allen Amtssitzungen wie Finanz-, Schul- oder Jugendausschuss eingeladen werden. Sie können auch an Bewerbungsgesprächen teilnehmen, die die Jugend betreffen, z.B. wenn ein*e neue*r Jugendpfleger*in oder neue Betreuungskräfte in der Schule eingestellt werden, oder sind an der Neueröffnung oder dem Erhalt von Spielplätzen beteiligt. Die Mitglieder der Kinder- und Jugendkonferenz in Schleswig partizipieren beispielsweise, wenn neue Sportplätze errichtet werden oder es um die Frage geht, welche Vereine bezuschusst werden.

Die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen berichteten, dass es schwierig ist, Kinder und Jugendliche für die Beteiligung in den Gremien zu gewinnen, und dass es oftmals an Grundwissen zu Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sowie insgesamt an politischer Bildung fehlt. Sie sehen auch die Schulen in der Verantwortung.

*„Es ist auch schwierig, weil Kinder z.B. wissen gar nicht, es wird gar nicht in den Schulen unterrichtet: Was ist überhaupt eine Jugendbeteiligung? Also der Grundstein fehlt leider bei den Jugendlichen. Und dass es im kommunalen Bereich eine Jugendbeteiligung gibt. Sie wissen das gar nicht, z.B.: Wer beschließt das in der Gemeinde, dass eine Schule gebaut wird, und wie könnte ich mich einbringen in einer Kommune?“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

„Trotzdem fehlt es denen ... vor allem an politischer Bildung. Also die [Kinder und Jugendlichen] haben zwar Lust, im Amt was zu bewegen und irgendwelche Aktionen zu starten, aber richtig sich mit der Thematik Politik zu beschäftigen oder Demokratie, [das] haben die ... halt

*noch gar nicht, obwohl die teilweise schon in der neunten Klasse sind oder höher. Und da finde ich es immer tatsächlich ein bisschen traurig, dass da so wenig Wissen vorhanden ist. Also da muss ... durch die Schulen tatsächlich noch ein bisschen mehr passieren.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 03)*

In Kappeln gab es einige Jahre keinen Kinder- und Jugendbeirat, vor Kurzem wurde aber ein Gremium gegründet und Jugendliche gewählt. Ein*e Interviewpartner*in beschrieb die Entwicklung als ein „*langes Verfahren*“, da es schwierig war, Interesse bei den Jugendlichen zu wecken und genug Jugendliche zusammenzubekommen. Er*sie erzählte, dass sie in den Schulen Werbung gemacht, den Kinder- und Jugendbeirat sowie die mit der Teilnahme einhergehenden Rechte und Pflichten vorgestellt haben. Der Kinder- und Jugendbeirat Süderbrarup arbeitet eng mit einer Schule in Süderbrarup zusammen, der*die Vertreter*in wünscht sich jedoch, auch die Schüler*innen anderer Schulen zu erreichen, da das Gremium für das gesamte Amtsgebiet Süderbrarup zuständig ist. Er*sie schilderte, dass sie versucht haben, über Soziale Medien, also Instagram und Webseiten, Kinder und Jugendliche zu erreichen, was aber bisher „*gescheitert*“ ist, auch weil ihnen von Amtsseite Steine in den Weg gelegt wurden. So waren sie in der Gestaltung nicht frei genug in der Gestaltung, „*um wirklich die Jugend damit zu catchen*“.

4.3.1.2 IN DEN SCHULEN

Laut einer Fachkraft aus der Region gibt das Schulgesetz Schleswig-Holsteins zwar den Rahmen für die Beteiligung von Schüler*innen vor, die Umsetzung ist im Kreis Schleswig-Flensburg jedoch von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. Als Beispiel nannte er*sie, dass Schüler*innen zwar ab der achten Klasse an den Fachkonferenzen beteiligt sein dürfen und ein Stimmrecht haben, viele ihre Rechte aber nicht kennen oder sich nach den Wahlen nicht weiter darum kümmern. Er*sie erzählte jedoch auch von Positivbeispielen – Schulen, in denen Schüler*innen eine eigene Delegation in der Schulkonferenz haben, eigene Ideen entwickeln, sich in demokratischen Verfahrensweisen auskennen und wirklich etwas an ihrer Schule bewegen. Nach Einschätzung der Fachkräfte bestehen theoretisch viele Möglichkeiten für Schüler*innen, sich in den Schulen zu beteiligen, oftmals scheitert es aber daran, die Jugendlichen zu erreichen, für Beteiligung zu begeistern und zu binden. Die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion beschreiben dies zwar als herausfordernden Prozess, sehen hier aber dennoch vorwiegend die Lehrer*innen in der Verantwortung. Ihrer Einschätzung nach herrschen in vielen Schulen noch tradierte Vorstellungen und hierarchisches Denken, die überwunden werden muss. Die Lehrkräfte sollten bereits in der Ausbildung an das Thema Jugendbeteiligung herangeführt werden und Schüler*innen Selbstwirksamkeitserfahrungen machen lassen:

*„Das hängt wirklich von Einstellung und Haltung ab, wenn ich meinen Schülern auch etwas zutraue und sie beteilige und sie mitentscheiden lasse, dann trage ich dazu bei, dass genau diese Schüler auch einfach Selbstwirksamkeitserfahrungen haben und merken, wenn sie sich einbringen, dann können sie was bewegen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 03)*

In der Gruppendiskussion mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus dem Landkreis wurden zur Jugendbeteiligung in Schulen lediglich die Schüler*innenvertretungen genannt. Diese können an einzelnen Schulen recht aktiv sein, insgesamt scheinen sie im Kreis Schleswig-

Flensburg allerdings nicht sehr stark vertreten und untereinander wenig vernetzt zu sein. Ein*e Interviewpartner*in berichtete von der SV der Gemeinschaftsschule Süderbrarup, die sich an schulinternen Vorhaben, wie der Planung eines neuen Spiel- oder Sportplatzes auf dem Schulgelände, beteiligen. Einige Mitglieder dieser SV, die auch im Kinder- und Jugendbeirat Süderbrarup sitzen, versuchen eine Kooperation der beiden Jugendbeteiligungsformate aufzubauen, was nach Einschätzung des*der Interviewpartner*in allerdings bisher noch nicht fruchtet.

4.3.1.3 IM FREIZEITBEREICH

An Beteiligungsformaten für Jugendliche im Freizeitbereich wurde in der Gruppendiskussion zum Thema vor allem der Kreisjugendring (KJR) Schleswig-Flensburg e.V. genannt, der Dachverband aller Jugendorganisationen im Landkreis, in dem unter anderem die Sportjugenden, Pfadfinder*innen, Jugendfeuerwehren und Jugendbeiräte Mitglieder sind. Im KJR gibt es z.B. die AG Außerschulische Bildung (AGA), in der Jugendliche und junge Erwachsene Workshops zu verschiedenen Themen wie politische Bildung oder Nachhaltigkeit sowie Veranstaltungen und Freizeitangebote organisieren. Laut einem*einer Teilnehmer*in der Gruppendiskussion sind hier in den letzten Jahren auch viele Aktionen rund um die Landtags- oder Bundestagswahlen entstanden. Er*sie ordnet Formate wie die AGA als *„gute Möglichkeit, sich zu beteiligen und sich für die Themen einzusetzen, die einem selbst wichtig sind“* ein.

Weiterhin wurden die Jugendzentren verschiedener Städte im Landkreis erwähnt, z.B. das Jugendzentrum in Süderbrarup, das kürzlich wieder ein monatliches Plenum eingeführt hat, in dem sich Jugendliche an den Vorhaben und Entscheidungen beteiligen und ihre Wünsche äußern können. Dies kann alles Mögliche betreffen, von Essensangeboten über neue Sitzgelegenheiten bis hin zu Müllsammelaktionen. Geplant ist, mithilfe des Plenums sowie des Kinder- und Jugendbeirats ein Stimmungsbild der Jugend von Süderbrarup sowie ihrer Wünsche und Erwartungen an die Stadt zu erlangen.

Als weiteres Beispiel wurde der Jugendausschuss des Kreissportverbands genannt, der eigenverantwortlich tätig ist. Laut Interviewpartner*in ist die Sportjugend relativ autark und bekommt einen finanziellen Rahmen gestellt, innerhalb dessen sie frei wirken und z.B. Lehrgänge und Fortbildungen gestalten kann. Im Sportbereich ist auch die Kampagne des TV Grundhof „Macht euch bunt! Für Toleranz, Vielfalt und Gleichberechtigung“ zu nennen, die durch eine Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eigenständig geplant und umgesetzt wurde und im Kapitel Ressourcen näher vorgestellt werden soll. An selbstorganisierten Jugendbewegungen ist im Kreis Schleswig-Flensburg derzeit nichts bekannt. Laut den Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Gruppendiskussion fand eine Zeit lang in Kappeln immer freitags „Fridays for Future“ statt, weitere Aktionen und Demonstrationen kommen aber eher in den größeren Städten außerhalb des Landkreises vor.

4.3.2 Wer wird erreicht?

Sowohl die Fachkräfte als auch die Jugendlichen selbst berichteten, dass sich immer wieder die gleichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Landkreis beteiligen und engagieren:

*„Wenn sich welche engagieren, dann sind die in verschiedensten Gremien. Also es gibt immer so eine Gruppe von denen, die engagiert sind und die sind dann überall oder werden überall angefragt. Das läuft dann ein paar Jahre und dann gehen die weg für eine Ausbildung oder [einen] Beruf ... und dann ist erstmal so ein bisschen Leerlauf, bis sich wieder irgendwie so eine Gruppe findet.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

Diejenigen, die als Jugendliche beteiligt sind, waren meist schon als Kinder aktiv, haben an Angeboten im Landkreis teilgenommen und kennen die Beteiligungsstrukturen; sehr selten kommt ein*e Jugendliche*r von sich aus ganz neu dazu. Die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen sind sich einig, dass es für jede Organisation schwierig ist, junge Menschen dafür zu gewinnen, sich zu beteiligen. Insbesondere erweist es sich aber als schwierig, diejenigen zu erreichen, die keine oder kaum soziale Teilhabe erleben. Um bestimmte soziale Gruppen zu erreichen, müssen ihre besonderen Bedarfe und Hürden mitgedacht werden. Bei Jugendlichen mit Behinderung sind dies z.B. Betreuungsbedarfe, Mobilität und Barrierefreiheit, z.B. durch die Verwendung von leichter Sprache. Auch bei neuzugewanderten Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte ist laut einer Fachkraft die Sprachbarriere die größte Hürde für Beteiligung. Er*sie berichtete, dass sie keine große Bereitschaft erleben, neuzugewanderte Jugendliche zu beteiligen und ihnen Brücken zu bauen. Seiner*ihrer Einschätzung nach sollte jede*r, der*die neuzugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene wirklich beteiligen will, Zeit für Übersetzungen und Erklärungen einplanen. Zudem gab er*sie zu bedenken, dass Jugendliche, die neu nach Deutschland kommen, meist schon sehr beschäftigt sind mit Deutschlernen, damit, in der Schule trotz Zweitsprache mitzukommen, und damit, sich evtl. mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus befassen müssen. Somit bleibt ihnen wenig Zeit, sich darüber hinaus noch zu beteiligen, vor allem wenn sie das (politische) System und die Beteiligungsformate vielleicht noch nicht verstehen.

Der Faktor Zeit wurde auch von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Gruppendiskussion aufgegriffen. Generell scheinen Jugendliche durch die Schule und andere Aktivitäten bereits so ausgelastet zu sein, dass sie es nicht schaffen, sich zu beteiligen, auch wenn sie eigentlich Lust dazu hätten:

*„Ich weiß nicht so genau, was sich da verändert hat im Schulsystem oder in der Leistungsgesellschaft, aber ich habe ... das Gefühl, dass Kinder und Jugendliche ganz anders einbezogen werden oder viel mehr machen müssen und somit teilweise auch einfach die zeitlichen Kapazitäten fehlen, sich anderweitig noch zu beteiligen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

Die Interviewpartner*innen verweisen an dieser Stelle auch noch einmal darauf, dass viele Jugendliche die Angebote einfach nicht kennen und dass man viel mehr mit den Schulen kooperieren muss, um Jugendliche mit verschiedenen Aktionen zu erreichen, bzw. dass das Thema Beteiligung mehr in den Schulen selbst verankert werden muss.

Die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion berichteten, dass die Jugendbeteiligung und die Nachfrage für (Freizeit-)Angebote für Kinder und Jugendliche, wie Zeltlager oder Jugendzentren, in den letzten zwei bis drei Jahren stark zurückgegangen sind. Sie begründen diese Entwicklung

zum einen mit den Einschränkungen der Covid-19-Pandemie, zum anderen aber auch damit, dass sich das Angebot nicht den Wünschen und Bedarfen der Jugendlichen angepasst hat. Während es früher z.B. eine Warteliste von 50 Personen für die Teilnahme an einem Zeltlager gab, fehlen nun sogar Teilnehmer*innen. Generell ist das Interesse an Angeboten und am Vereinsleben nach Einschätzung der Interviewten zurückgegangen und muss wieder neu geweckt werden. Viele nutzen auch eher Sportangebote und kulturelle Veranstaltungen in der Stadt, die es im ländlichen Raum nur bedingt gibt.

4.3.3 Fehlende Digitalisierung als Hürde

Insbesondere in der Gruppendiskussion mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurde wiederholt die fehlende Digitalisierung als Hürde für das Erreichen von Jugendlichen problematisiert. Dies betrifft zum einen die Ansprache der Jugendlichen, zum anderen aber auch die Angebote, die in den meisten Fällen nicht den Interessen der Jugendlichen entsprechen:

*„Ein Faktor ... in der Jugendarbeit allgemein, in der politischen Bildung, in der Beteiligung, in der Partizipation ist eben die Digitalisierung. ... Das ist einfach der einzige Weg oder einer der ... [besten] Wege, wie man heutzutage an die Jugend 'rankommt.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 03)*

Gerade in einem Flächenkreis wie Schleswig-Flensburg, in dem Kinder und Jugendliche aufgrund der Entfernungen teilweise nicht zu Angeboten kommen können, wenn sie nicht von Erwachsenen mit dem Auto gefahren werden, können digitale Angebote besonders von Vorteil sein und die Mobilitätsproblematik ausgleichen.

*„Ich glaube, es ist wichtig, auf den Zug mit aufzuspringen und zu gucken: Wie kann man das Digitale im Vereinsleben einbinden und wegkommen von diesem klassischen Vereinsbild? Das ist ein Punkt, den man modernisieren sollte, um auch junge Leute wieder zusammenzubringen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

Diese Modernisierung kann z.B. in Form von E-Sport-Angeboten passieren. Ein*e Interviewpartner*in berichtete, dass sie nach langer Vorarbeit nun endlich Fördergelder vom Amt Süderbrarup für die Digitalisierung und Erneuerung der Angebote des Jugendzentrums erhalten haben. Er*sie schilderte, dass sie einen festen Tag in der Woche für Gaming einführen und zukünftig an E-Sport-Aktionen teilnehmen möchten. Sie merken, dass wieder viel mehr Jugendliche ins Jugendzentrum kommen und die neuen Angebote wie PCs, PlayStation, Switch, einen Billardtisch und eine neue Dartscheibe nutzen.

Des Weiteren betonten die Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion, dass die Ansprache der Jugendlichen und die Öffentlichkeitsarbeit größtenteils über Soziale Medien erfolgen muss, um die Zielgruppe zu erreichen. Sie weisen darauf hin, dass viele Jugendorganisationen oder auch die Kinder- und Jugendbeiräte in Schleswig-Flensburg zwar Webseiten haben, diese aber zum Teil nicht gepflegt werden und oftmals nicht aktuell sind oder den Kinder und Jugendlichen gar nicht bekannt. Stattdessen sollte die Ansprache und laufende Information über Instagram, TikTok oder YouTube erfolgen.

4.3.4 Fehlendes Konzept für Kinder- und Jugendbeteiligung

In der Gruppendiskussion mit den Fachkräften zum Thema Jugendpartizipation wurde darauf hingewiesen, dass der Kreis Schleswig-Flensburg über kein generelles Konzept für die Kinder- und Jugendbeteiligung verfügt. Stattdessen funktioniert Kinder- und Jugendbeteiligung laut den Fachkräften „überall dort, wo sich hauptamtliche Kräfte oder ein ganz starkes Ehrenamt mit viel Engagement dahinterklemmen“. Paragraph 47f. der Gemeindeordnung wird laut den Interviewten zwar in einigen Ämtern und Gemeinden schon sehr gut umgesetzt, oftmals fehlt es aber noch an der Aufklärung, Weiterbildung und Qualifizierung der Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Hierfür ist nicht nur ein Konzept notwendig, sondern auch der politische Wille, Kinder- und Jugendbeteiligung nachhaltig umzusetzen, wofür es im Landkreis z.B. eine hauptamtliche Stelle braucht, die sich dem Thema widmet. Dass der politische Wille vorhanden ist, wird von den Teilnehmer*innen der Gruppendiskussionen zum Teil angezweifelt:

*„Ich habe manchmal so ein bisschen das Gefühl, dass dieser Paragraph 47f. der Jugendbeteiligung immer nur so ein Banner ist, was sich die Kommune auf die Fahne schreibt, der aber dann nicht gebührend umgesetzt wird, also dann wird gesagt: ‚Wir haben jetzt einen Kinder- und Jugendbeirat, wir haben das gemacht‘, aber dann steckt auch nicht mehr viel dahinter. Also da kommt dann keine Unterstützung mehr, die Unterstützung der Kommune muss noch stärker sein und ich glaube, es braucht einfach noch mehr Fachpersonal, was dahintersteht.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

Auch andere Interviewte weisen darauf hin, dass Jugendbeteiligung authentisch umgesetzt werden muss und die Äußerungen und Wünsche der beteiligten Jugendlichen ernstgenommen und wirklich realisiert werden müssen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Dies gilt auch für die Beteiligung bestimmter sozialer Gruppen, wie Jugendlicher mit Behinderung. Hierzu erklärt eine Fachkraft:

*„Sie sind halt nicht nur Saalfüller, sie wollen mit Respekt und Anerkennung wahrgenommen werden und nicht nur einen O-Ton abgeben, der aber nachher verpufft. Also das nehmen sie schon wahr und äußern sie auch und sagen dann: ‚Dann brauche ich da ja nicht mehr hingehen‘.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 03)*

Zudem wird darauf hingewiesen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung von den Verantwortlichen zunächst ermöglicht werden muss, bevor direkt auf die fehlende Beteiligung der Jugendlichen geschaut wird:

*„Also ich glaube, man muss denen [den Jugendlichen] immer die Möglichkeit bieten, quasi irgendwo noch mit aufzuspringen. Jetzt nur von der Schülervertretung zu erwarten, dass die sich irgendwie super organisieren, ist, glaube ich, immer recht schwierig. Gerade auch in einer Welt, wo die Erwachsenen die Entscheidungen treffen.“ (Teilnehmer*in Gruppendiskussion 04)*

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich selbst im Landkreis für Kinder- und Jugendbeteiligung einsetzen, äußerten in der Gruppendiskussion, dass sie sich mehr Unterstützung und mehr Ressourcen von den Kommunen für die bestehenden Beteiligungsformate und

Gremien wünschen. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und Werbung für die Formate sowie die Zielgruppenansprache kommen im Arbeitsalltag meistens zu kurz; des Weiteren braucht es ihrer Einschätzung nach weitere Fachkräfte, die speziell für die Kinder- und Jugendbeteiligung eingestellt werden. Die Erstellung eines Konzepts für Kinder- und Jugendbeteiligung für den gesamten Kreis Schleswig-Flensburg kann dabei helfen, die Partizipationsmöglichkeiten weiterzuentwickeln und die benannten Hürden anzugehen.

5 RESSOURCEN IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS, FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE, TEILHABE UND VIELFALT

Im Laufe des Berichts wurden bereits einige Ressourcen genannt, die das demokratische Miteinander, Teilhabe und Vielfalt im Landkreis fördern. Im Folgenden sollen weitere Ressourcen wie Beratungs- und Unterstützungsangebote, Vereine, Initiativen und ehrenamtliches Engagement exemplarisch vorgestellt werden, um aufzuzeigen, wie die Zivilgesellschaft im Landkreis aufgestellt ist und welche Akteur*innen aktiv sind bzw. an welcher Stelle noch Bedarfe bestehen. Dieses Kapitel hat nicht den Anspruch, eine vollständige Auflistung aller relevanten Akteur*innen und Organisationen darzustellen. Stattdessen dienen die hier genannten Ressourcen als Beispiele sowie als Anknüpfungspunkte für die weitere Vernetzung und Planung im Rahmen der Pfd.

5.1 RESSOURCEN IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT PHÄNOMENEN DER GMF

Als wichtige Ressource in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist zunächst das Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (RBT) Flensburg zu nennen, das auch für die Kreise Schleswig-Flensburg und Nordfriesland zuständig ist. Das RBT ist in der Beratungs- und Bildungsarbeit tätig, berät Menschen, die Unterstützung im Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit benötigen, und bietet z.B. Multiplikator*innenschulungen oder Workshops für Jugendliche oder Erwachsene an. Da das RBT Flensburg allerdings derzeit nur über zwei Mitarbeiter*innen verfügt, kann es den hohen Bedarf nicht allein abdecken. Für die Unterstützung Betroffener von rassistischen, antisemitischen und anderen rechten Angriffen ist das Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA) zuständig, das von Kiel aus ganz Schleswig-Holstein abdeckt.

Laut den Expert*innen sind darüber hinaus keine Organisationen im Landkreis bekannt, die sich explizit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Betroffenen von Anfeindungen und Diskriminierung widmen. Der Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V. (advsh) in Kiel berät zwar auch Betroffene aus dem Kreis Schleswig-Flensburg, Mitarbeiter*innen des Verbands gaben in einer Gruppendiskussion jedoch an, im Bereich Erwachsenenbildung mit Sensibilisierungs- und Antidiskriminierungsfortbildungen bei Arbeitsmarktakteur*innen tätig zu sein. Für weitere Bildungs- und Aufklärungsangebote, z.B. in Schulen, fehlen dem Verband die Mittel; Betroffenenberatung können die Mitarbeiter*innen trotz hoher Nachfrage nur ehrenamtlich anbieten.

Dafür gibt es ehrenamtliche Initiativen von Vereinen und Einzelpersonen, die sich im Kreis Schleswig-Flensburg gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung engagieren. In den Gruppendiskussionen wurde wiederholt der Sportverein TV Grundhof als Positivbeispiel für ein Engagement für Vielfalt aus der Zivilgesellschaft genannt. Zum einen unternimmt der Verein seit einigen Jahren viele Bemühungen, um Menschen mit

Migrations- oder Fluchtgeschichte in das Vereinsleben zu integrieren. So holten z.B. Mitglieder des TV Grundhof regelmäßig geflüchtete Menschen in Flensburg zum Training ab und fuhren sie danach wieder nach Hause. Zum anderen rief der Verein die Kampagne „Macht euch bunt!“ ins Leben, mit der der Verein seine Werte nach außen tragen und Farbe bekennen möchte. Der Verein unternimmt immer wieder öffentlichkeitswirksame Aktionen zur Förderung von Vielfalt und hat z.B. Fußballtrikots mit Regenbogenstreifen. Laut einem*iner der Initiatoren*innen der Kampagne beteiligen sich inzwischen 15 weitere Sportvereine im Kreis Schleswig-Flensburg an der Kampagne.

Als weiteres Beispiel kann der Deutsch-Ghanaische Entwicklungshilfeverein e.V. aus Kiel genannt werden, der sich auch im Kreis Schleswig-Flensburg gegen Rassismus und Vorurteile engagiert und Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammenbringt. Sein Schulprojekt „What do you know about Africa?“ möchte Kindern und Jugendlichen ein vorurteilsfreies und realistisches Bild der Lebensweisen und Kulturen in Afrika näherbringen und mit Klischees und rassistischen Vorstellungen aufräumen. Weiterhin plant der Verein den Aufbau eines Migrant*innen-Eltern-Netzwerks, in dem sich Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte über Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen austauschen und gegenseitig unterstützen können. Insbesondere Eltern, deren Kinder in der Schule mit Rassismus konfrontiert sind, sollen hier empowert werden.

5.2 FÖRDERUNG VON DEMOKRATIE, TEILHABE UND VIELFALT

Im Kreis Schleswig-Flensburg sind einige Migrant*innenselbstorganisationen vertreten, die ihren Mitgliedern Teilhabemöglichkeiten bieten und durch ihre Angebote die kulturelle und religiöse Vielfalt im Landkreis fördern. In Schleswig gibt es laut einem*iner Expert*in z.B. den Kulturverein Ataa, der mit rund 700 Mitgliedern sehr mitgliederstark ist, die Türkische Gemeinde, die seit vielen Jahren sehr aktiv ist, die Ahmadiyya-Gemeinde, eine russische Gemeinde und eine große kurdische Community, die zwar nicht in einem Verein juristisch organisiert ist und keine Räumlichkeiten hat, aber im Landkreis stark vernetzt ist. Außerdem wurde in Schleswig vor zwei Jahren das „Forum der Vielfalt“ gegründet, das insbesondere Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit bzw. Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte die Möglichkeit bietet, sich politisch zu beteiligen, und ihren Ideen eine Plattform gibt. Das Forum wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Schleswig zu einem Sachverständigenrat weiterentwickelt. Dieses Steuerungsgremium aus rund acht Personen mit einem*iner Sprecher*in vertritt das gesamte Forum und wird bei verschiedenen Themen mit einbezogen.

Für die Integration und soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte leisten laut Expert*in insbesondere die Fußball- und weitere Sportvereine, wie z.B. der TSV Friedrichsberg, wichtige Arbeit:

*„Sport ist sehr wichtig. Ich weiß, dass man durch Sport sehr schnell die Sprache lernt, Kontakte knüpft und Vorurteile ... abbauen kann. Gemeinsamer Sport ist meiner Meinung nach das Beste, was man machen kann.“ (Expert*inneninterview 01)*

Er*sie berichtete, dass BIPOC und Menschen mit Migrationsgeschichte inzwischen viel sichtbarer, selbstverständlicher und akzeptierter in den Vereinen sind und dass alle Seiten vom Austausch profitieren. So bietet der gemeinsame Sport Anlass für Kontakte, die ansonsten nicht zustande kommen würden.

Darüber hinaus arbeiten viele weitere Initiativen, Vereine und Organisationen daran, Vielfalt und die Teilhabe verschiedener Gruppen im Landkreis zu fördern. In Kappeln gibt es ein Familienzentrum, das einen besonderen Schwerpunkt auf Integration legt, sowie die Frauenberatungsstelle Frauenzimmer, die sich auch in der Geflüchtetenhilfe engagiert und z.B. ein internationales Frühstück anbietet. Außerdem befindet sich in Kappeln die Ökumenische Arbeitsstelle des Kirchenkreises Schleswig-Flensburg, die sich laut den Fachkräften ebenfalls für Vielfalt und eine offene Gesellschaft einsetzt. In Tarp gibt es den Bildungscampus und das Familienzentrum; beide sind nach Einschätzung der Fachkräfte sehr aktiv für die Förderung von Vielfalt und die Teilhabe neuzugewanderter Menschen. In Kropp ist zudem die Initiative Kropp für alle aktiv. In der Internationalen Bildungsstätte Scheersberg wird das Projekt „HEROES“ umgesetzt, das sich an junge Männer* mit familiärer Migrationsgeschichte richtet, die sich für Gleichberechtigung und gegen Unterdrückungsmechanismen aufgrund patriarchaler Strukturen einsetzen. Außerdem sind hier auch die strategischen Ziele der Kreisverwaltung Schleswig-Flensburg für eine interkulturelle Öffnung zu nennen.

In Glücksburg befindet sich artefact, ein Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung, das auch eine Einsatzstelle für das Freiwilligenprogramm „Weltwärts“ ist und jungen Menschen aus dem globalen Süden die Möglichkeit bietet, ein Jahr in Glücksburg zu verbringen. Weiterhin gibt es das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein, das unter anderem durch die Arbeit seiner Promotor*innen auch im Kreis Schleswig-Flensburg aktiv ist, z.B. durch die Beratung entwicklungspolitischer Gruppen. Der bereits erwähnte Deutsch-Ghanaische Entwicklungshilfeverein gründete außerdem die Initiative „Kluge Köpfe“, die junge Menschen mit afrikanischer Migrationsgeschichte mit einem Bildungspreis auszeichnet und für ihren weiteren Bildungsweg motivieren möchte.

Für den interreligiösen Austausch im Kreis Schleswig-Flensburg ist der „Dialog der Religionen“ als wichtige Ressource zu nennen, der 2019 geschaffen wurde, ursprünglich um Vorbehalte gegenüber dem Islam auszuräumen und wiederkehrende Fragen an Muslim*innen zu beantworten. Aufgrund der Covid-19-Pandemie konnten bisher nur zwei Veranstaltungen mit Vertreter*innen der drei abrahamitischen Religionen durchgeführt werden, die allerdings gut besucht waren; weitere Veranstaltungen sind geplant.

LSBTIQ+ COMMUNITY

Eine der wichtigsten Ressourcen im Bereich LSBTIQ+ ist zunächst der LSVD SH, der auch den Kreis Schleswig-Flensburg in seine Arbeit einbezieht. Die Kampagne „Echte Vielfalt überall“ richtete sich bewusst an den ländlichen Raum. Regenbogenplakate mit Vereinsnamen und Kontaktadressen wurden auch in kleineren Orten wie Sörup, Sterup oder Steinbergkirche aufgehängt, um queere Sichtbarkeit zu fördern und queeren Menschen im Landkreis Unterstützung zu zeigen.

Beratungsstellen für die queere Community gibt es im Kreis Schleswig-Flensburg, wie bereits beschrieben, nicht; Ratsuchende können sich an HAKI e.V. in Kiel oder lambda::nord e.V. in Lübeck wenden. An Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche gibt es das Projekt „Schlau Schleswig-Holstein“, das Bildung und Aufklärung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Schulen, Sportvereinen, Jugendzentren und weiteren Jugendeinrichtungen anbietet. Das Flensburger Projekt ist auch im Kreis Schleswig-Flensburg aktiv. Des Weiteren besucht auch die Aidshilfe Flensburg Schulen im Landkreis. Der Schwerpunkt der Aidshilfe liegt zwar auf dem Thema sexuelle Gesundheit, laut Expert*in werden aber oftmals auch queere Themen angesprochen; es fehlen allerdings die Ressourcen, um nachhaltig alle Schulen im Landkreis zu erreichen.

RESSOURCEN FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Im Kapitel zur Teilhabe von Jugendlichen wurden bereits einige wichtige Ressourcen für die Jugendbeteiligung, wie die Kinder- und Jugendbeiräte, vorgestellt. In den Gruppendiskussionen wurden noch zwei weitere Programme angesprochen, die im Kreis Schleswig-Flensburg umgesetzt werden: zum einen das Schüler*innenseminar „Fit für Mitbestimmung“, das Schüler*innen befähigt, sich für mehr Mitsprache und Mitbestimmung an ihrer Schule einzusetzen und sich aktiv an der Schulentwicklung zu beteiligen. Zum anderen gibt es das Programm „Lernen durch Engagement“, das gesellschaftliches Engagement von Schüler*innen mit fachlichem Lernen verbinden möchte. Auch wenn es hierbei nicht explizit um Jugendbeteiligung geht, werden Kinder und Jugendliche an das Thema zivilgesellschaftliches Engagement herangeführt und können Selbstwirksamkeitserfahrungen machen.

6 HANDLUNGSBEDARFE UND -EMPFEHLUNGEN

In den vorangegangenen Kapiteln wurden verschiedene Herausforderungen und Handlungsbedarfe im Kreis Schleswig-Flensburg benannt, die gemeinsam mit Fachkräften und Expert*innen in den Gruppendiskussionen, Interviews und im Werkstattgespräch herausgearbeitet wurden. Im Folgenden sollen die relevantesten Problematiken und Bedarfe noch einmal zusammengefasst dargestellt sowie erste Handlungsansätze aufgezeigt werden.

RECHTSEXTREMISMUS UND GMF

Rechtsextreme Gruppierungen und Parteien sind im Kreis Schleswig-Flensburg vertreten, erhalten aber weniger offene Unterstützung als in anderen Landkreisen Schleswig-Holsteins. Dennoch kommt es immer wieder zu rechtsextremen Äußerungen und Vorfällen, die nicht bearbeitet werden. Das für den Landkreis zuständige regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus verfügt nur über geringe personelle Ressourcen; Vorfälle werden nur gemeldet, wenn ein Problembewusstsein vorhanden ist. Daher ist das Ausmaß der Vorfälle nicht ausreichend bekannt. Zudem übernehmen Kinder und Jugendliche oft unreflektiert diskriminierende Haltungen und menschenfeindliche Äußerungen von ihren Eltern. Fachkräfte fühlen sich alleingelassen und es fehlt an Beratungs- und Unterstützungsstrukturen und weiteren Ansprechpartner*innen im Landkreis.

Zum einen sollte das Problembewusstsein für Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gestärkt, Aufklärung betrieben und sensibilisiert werden. Es ist institutionenübergreifende Bildungsarbeit notwendig, um Vorurteile auszuräumen sowie das Verständnis für die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Erarbeitung eines demokratischen Miteinanders zu fördern. Dies kann unter anderem durch Aufklärungs- und Präventionsangebote an Schulen, die Sensibilisierung und Schulung von Fachkräften, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, oder die Ausbildung von Schüler*innen zu Multiplikator*innen passieren. Weiterhin sollten niedrigschwellige Angebote gefördert werden, um Eltern zu erreichen, zu sensibilisieren und aufzuklären. Zum anderen sollten mehr Aufmerksamkeit für Vorfälle und Betroffene sowie mehr Ressourcen für Aufklärung und Sensibilisierung hinsichtlich rechtsextremer und menschenfeindlicher Vorfälle geschaffen werden. Die Bekanntheit bestehender Unterstützungsangebote sollte gestärkt und weitere Ansprechpartner*innen im Landkreis eingesetzt werden.

Insbesondere im Rahmen der „Corona-Proteste“ wurde deutlich, dass es viel Unwissen und ein fehlendes Problembewusstsein bezüglich antisemitischer Inhalte sowie antisemitischer Chiffren in Verschwörungserzählungen gibt. Die Fachkräfte kritisieren, dass ein einmaliger Workshop an einer Schule nicht ausreicht, um alle Schüler*innen zu erreichen und für Antisemitismus und andere Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sensibilisieren. Zudem sind die Schulen häufig mit Aufklärungsformaten überladen. Es braucht daher an den Schulen gut abgestimmte, nachhaltige und langfristig angelegte Bildungs- und Aufklärungsangebote zum Thema Antisemitismus, Verschwörungserzählungen und Menschenfeindlichkeit.

(ALLTAGS-)RASSISMUS UND DISKRIMINIERUNG

Betroffene berichten von Vorfällen von (Alltags-)Rassismus und Diskriminierung in allen Lebensbereichen: bei der Jobsuche, durch Arbeitgeber*innen und Kolleg*innen, in der Schule, im Supermarkt oder bei der Wohnungssuche. Neben struktureller Diskriminierung kommt es häufig zu unreflektierten rassistischen Äußerungen. Betroffene von Rassismus und Diskriminierung wissen nicht, an wen sie sich wenden können.

Hier ist ebenfalls institutionenübergreifende Bildungsarbeit, Sensibilisierung und Aufklärung zu Rassismus und Diskriminierung notwendig. Es braucht insbesondere nachhaltig angelegte Angebote, die unreflektierte Äußerungen von Kindern und Jugendlichen angehen. Außerdem sollten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie eine Beschwerdestelle für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung geschaffen werden.

LSBTIQ+ COMMUNITY

Es ist von einer hohen Dunkelziffer an homo- und trans*-phoben Vorfällen und queerfeindlicher Gewalt auszugehen. Betroffene zeigen Vorfälle selten an und sind zudem häufig mit Beleidigungen und unreflektierten, unsensiblen Äußerungen konfrontiert. Es braucht mehr Verständnis und Wissen über die Lebensrealität und die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen queerer Menschen; Klischeedenken und Überforderung im Umgang mit queeren Themen, beispielsweise mit trans* Kindern, halten sich. Einerseits fehlen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im ländlichen Raum, andererseits auch Freizeitangebote, Vernetzungsmöglichkeiten und Treffpunkte für queere Menschen im Landkreis. Vertreter*innen der Community wünschen sich mehr Eigeninitiative und einen offeneren Umgang mit queeren Themen vonseiten der Kommunen und Politiker*innen.

Auch hier sind breitflächige, institutionenübergreifende Bildungsarbeit, Sensibilisierung und Aufklärung notwendig. Fachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, sollten bezüglich queerer Themen geschult werden. Politik und Verwaltung im Landkreis sollten für LSBTIQ+ Themen sensibilisiert werden; insgesamt sollte ein selbstverständlicher und alltäglicher Umgang damit, z.B. in Schulen und Kitas, sowie Angebote und queere Sichtbarkeit im ländlichen Raum gefördert werden. Es sollten Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im ländlichen Raum außerhalb von Kiel und Lübeck geschaffen werden, dies kann z.B. durch ein mobiles Beratungsteam gelöst werden.

TEILHABE VON MENSCHEN MIT MIGRATIONS- ODER FLUCHTHINTERGRUND

Die Infrastruktur im ländlichen Raum, die zum Teil geringe Mobilität und die geringe Anzahl an Angeboten erschweren die Integration von Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund. Die verschiedenen Gruppen bleiben meist unter sich, es besteht wenig Austausch. Während die aktuelle Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber ukrainischen Geflüchteten positiv auffällt, erhalten sie andererseits Möglichkeiten und Angebote, die Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte aus anderen Ländern in den vergangenen Jahren nicht erhalten haben. Dies kann zu Frustration und einem Ungerechtigkeitsempfinden führen und Spannungen und Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen Zugewanderter auslösen.

Es sollten Angebote und Begegnungsmöglichkeiten im ländlichen Raum geschaffen werden, die die Menschen zueinanderführen, in Kontakt bringen und dadurch Spaltungen, Vorurteile und

Hemmschwellen abbauen. Darüber hinaus sollten Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus gefördert und Hilfsangebote für alle (Neu-)Zugewanderten gleichermaßen geschaffen werden.

JUGENDBETEILIGUNG

Kinder- und Jugendbeteiligung wird hauptsächlich durch engagierte Fachkräfte und Ehrenamtliche umgesetzt; es fehlt ein generelles Konzept für die Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis. Um sich auf kommunaler Ebene zu beteiligen, fehlt es vielen Kindern und Jugendlichen an politischer Bildung und Interesse an Politik. Dadurch beteiligen und engagieren sich meist immer wieder die gleichen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Landkreis, andere Gruppen werden nicht erreicht. Die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte auf kommunaler Ebene gestaltet sich aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, einem fehlenden Verständnis des politischen Systems und mangelnder zeitlicher Kapazitäten schwierig. Des Weiteren sind die Anmelde- und Besucherzahlen für Freizeitangebote für Jugendliche, wie Zeltlager oder Jugendzentren, stark rückläufig und im ländlichen Raum gibt es wenig vielfältige Freizeitangebote.

Die Kreisverwaltung sollte ein Konzept für die Kinder- und Jugendbeteiligung im Landkreis sowie eine hauptamtliche Stelle für deren Lenkung schaffen. Für eine nachhaltige Umsetzung des Paragraphen 47f. der Gemeindeordnung Schleswig-Holsteins ist ein echter Wille zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen notwendig. Daher sollten Verantwortliche für die Notwendigkeit und die Chancen der Jugendpartizipation sensibilisiert, geschult und qualifiziert werden. Angebote politischer Bildung mit Kindern und Jugendlichen sollten gefördert werden, um ihr politisches Interesse zu wecken, und es sollte vermehrt auf Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht werden. Die Kommunen sollten bestehende Angebote durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbung wie auch durch das Bereitstellen von Ressourcen unterstützen. Es sollten jugendgerechte Maßnahmen und Angebote geschaffen werden, die junge Menschen sowohl in der Schule als auch außerhalb erreichen. Dabei müssen spezielle Hürden für bestimmte soziale Gruppen, wie z.B. Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, mitgedacht und auf eine vermehrte Digitalisierung der Ansprache und der Angebote geachtet werden.

7 FAZIT UND AUSBLICK

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse stellt aktuelle Herausforderungen und Handlungsbedarfe im Kreis Schleswig-Flensburg vor, die auf der Einschätzung lokaler Fachkräfte beruhen. Es zeigte sich unter anderem, dass fehlendes Problembewusstsein und eine mangelnde Sensibilisierung für Phänomene der GMF ein Problem im Landkreis darstellen, dass Unterstützungs- und Beratungsstrukturen für verschiedene Gruppen fehlen und dass es Angebote braucht, um Vorbehalte und Spannungen abzubauen, Menschen in Kontakt zu bringen und die Teilhabe bestimmter Gruppen zu verbessern.

In den Gruppendiskussionen und Interviews sowie im Werkstattgespräch zeigte sich, dass viele verschiedene Menschen aus dem Landkreis Lust haben, miteinander ins Gespräch zu kommen, sich auszutauschen und gemeinsam etwas zu bewegen. Es gibt bereits viele großartige Initiativen, Vereine und Organisationen im Landkreis, viele engagierte Fachkräfte und Ehrenamtliche, die sich für Demokratie und Vielfalt einsetzen. Die im Bericht benannten Herausforderungen anzugehen, ist eine komplexe Aufgabe. Insbesondere verfestigte Einstellungen und Vorbehalte zu verändern und alle gesellschaftlichen Gruppen teilhaben zu lassen, ist ein langwieriger und andauernder Prozess. Auf Basis der Ergebnisse dieses Berichts kann die Pfd Schleswig-Flensburg ihr Handlungskonzept und nachhaltige Strategien weiterentwickeln, um vorhandene Kräfte zu bündeln und die Problematiken im Landkreis in Angriff zu nehmen.

8 LITERATURVERZEICHNIS

Clasen, Alf (2017): Bedenklicher Wikingerkult. https://www.sankelmark.de/fileadmin/Download/Presse/BedenklicherWikingerkult_FTB_11.10.2017.pdf, 29.7.2022

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (Hg.) (2019): Fortschreibung der Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Zusammenfassender Bericht. Hannover

Landesbeauftragter für politische Bildung (2022): Kinder- und Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein. <https://www.politische-bildung.sh/jugend/jugendbeteiligung.html>, 29.7.2022

Matthies, Ralf (2017): Bericht und Nachgedanken zur Fachtagung „Wikingerkult und Rechtsextremismus“. <https://beowulf-schleswig.de/nachgedanken-zur-fachtagung-wikingerkult-und-rechtsextremismus/>, 29.7.2022

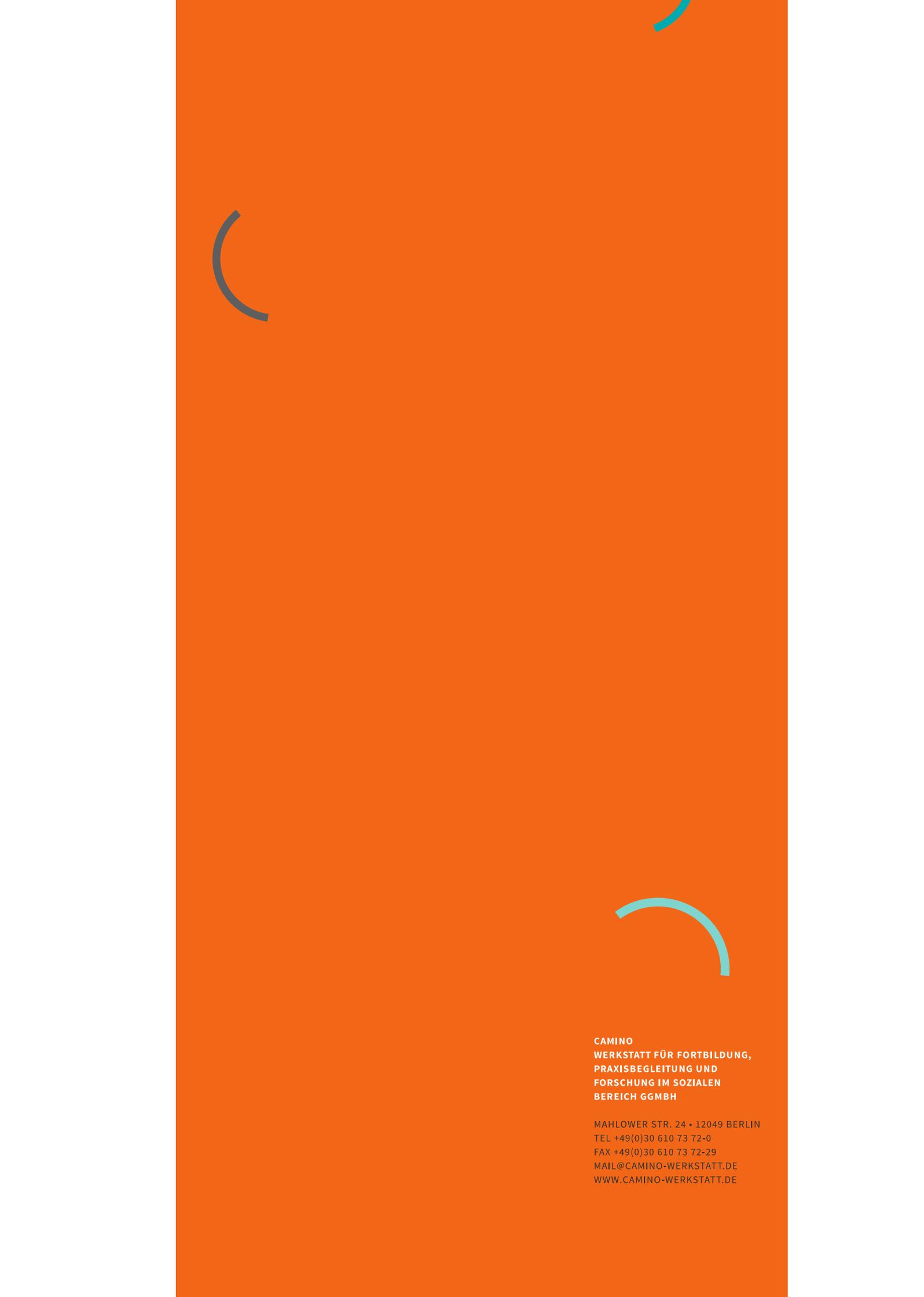
Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Flensburg (Hg.) (2017): Wikingerkult und Rechtsextremismus. Dokumentation. <http://wikingerkult-und-rechtsextremismus.de/dokumentation/>, 29.7.2022

Regionales Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein (Hg.) (2020): Rechtsextremismus & Wikingerkult. <http://www.rbt-sh.de/wp-content/uploads/2020/07/Wikingerkult.pdf>, 29.7.2022

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018): Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2018. Hamburg

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2021): Wahlbericht zur Bundestagswahl am 26. September 2021 in Schleswig-Holstein. Hamburg

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2022): Wahlbericht zur Landtagswahl am 8. Mai 2022 in Schleswig-Holstein. Hamburg



**CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG,
PRAXISBEGLEITUNG UND
FORSCHUNG IM SOZIALEN
BEREICH GGMBH**

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE